KAIS.-WILH.-BIBL.-POSEN.
21. JAN. 1911

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA POZNAŃ

1910.4432.

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 1.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 30. Dezember 1910 bis 5. Januar 1911.

Posen, den 10. Januar 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 1 des Przemysłowiec (Posen) vom 1. Januar 1911:

Neujahr.

Am Neujahrstage müßten wir uns eine Rechenschaft über das alte Jahr geben und ein Arbeitsprogramm für das zukünftige Jahr festsetzen. Was ist wichtiges im alten Jahre geschehen? Was habt ihr für besondere Erfahrungen gesammelt, aus denen wir für die Zukunft Nutzen ziehen könnten? Berechtigt uns dann das verflossene Jahr zu der Hoffnung, daß wir vorwärts streben, daß der Fortschritt sichtbar ist und daß unsere kleine Industrie sich wirtschaftlich und moralisch hebt?

Es sind nicht viel Fälle von großer Bedeutung vorgekommen, die Fälle, von denen wir Zeugen waren, waren überwiegend kleine und hatten lokale Bedeutung. Es waren Stürme in den Verbandsvereinen, aber zum Glück wurden sie hinweggezaubert. Vorteilhaft war die Gründung der Industriebank in Hohensalza, welche, sei es wie es sei, bestimmte Kreise über unsere Finanzwirtschaft zum Suchen anderer Mittel zwingen wird, der Industrie größere und hervorragendere Hilfe als bisher zu leisten. Es will durchaus niemand, daß diese Hilfe für unsere Finanzinstitute nachteilig sein soll, im Gegenteil, die Tätigkeit der Banken wird in dieser Hinsicht ihnen ein neues gewinnbringendes Mittel geben und sie zu Instituten von großen Umfange machen.

In dem vergangenen Jahre wurde ein neues Gesetz über die Unterhaltung von Lehrlingen ins Leben gerufen. Im März fand eine und im November die zweite Sitzung der Handwerkskammer statt, die Handwerker wissen doch, daß man von diesen Institutionen nicht viel erwarten kann, deshalb erwecken die Verhandlungen und Beschlüsse wenig Interesse. Es werden dort die aktuellsten Sachen fast gar nicht berührt, und die Haupttätigkeit beschränkt sich überwiegend auf das Formelle. Im Juni fand in Posen die Delegiertenversammlung der Industrievereine statt, in welcher unter anderem wieder die Frage der Organisation unserer Lehrlingsvereine berührt wurde, es waren auch zahlreiche Kreisversammlungen mit sehr lehrreichen Programmen, sowie eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Industrievereine, in welcher die Erfahrungen aus der Tätigkeit für die Vereine ausgetauscht wurden.

Zu den vorteilhaftesten Erscheinungen in unserer Industriebewegung müßte man vor allen Dingen die Ausstellungen rechnen, besonders die Bromberger und Krotoschiner Ausstellung, welche dank der Arbeit tüchtiger Individuen vollen Erfolg hatten, sowie andere kleinere Ausstellungen, und auch gemeinsame Ausflüge der Industrievereine, wie z. B. der Ausflug des alten Industrievereins St. Lazarus in Posen nach Gostyn, welcher nicht nur belehrt, sondern auch zur Arbeit anregt.

Wie aus der vorliegenden Zusammenstellung hervorgeht, fehlte es bei uns nicht an Offenbarungen des Lebens, es fehlte nicht an flinken Leuten zur Arbeit für das allgemeine Wohl, denn die Organisatoren und die Teilnehmer unserer Zusammenkünfte, Ausstellungen und Ausflüge sind alles Freiwillige, denen in allen ihren mühseligen Werken die Vaterlandsliebe und die Lust, der guten Sache zu dienen, voranleuchtet.

Was für Erfahrungen haben wir in dem vergangenen Jahre gemacht? Wir haben uns vor allen Dingen überzeugt, daß es schwer ist, etwas zur Erleichterung für die Handwerker bezüglich des Kredits in unseren Banken zu machen. Diese Erfahrung ist etwas wert, denn in Zukunft werden wir neue erfolgreiche Mittel suchen, um für uns den Kredit zu erkämpfen, indem wir wissen, daß dieser Kredit sowohl im Interesse unserer Banken wie auch der Industrie und der Gesamtheit liegt, weil die Industrialisierung bzw. Hebung der Industrie ein sozialnationales Postulat ist, welches mit sichtbarem Schaden für die Sache nicht mehr so weiter ignoriert werden kann, wie bisher.

Wir haben auch gute Erfahrungen mit den Ausstellungen gemacht und werden nach dieser Richtung hin auch im zukünftigen Jahre weiter gehen und uns bemühen, daß unser Handel und Industrie noch viel größere Vorteile aus ihnen gewinnt und unsere Gesamtheit sich überzeugt, was unser Handwerker leistet.

Wie wir sehen, haben wir keinen Grund, die Hände sinken zu lassen und über die Jahresübersicht einen Trauerton anzustimmen. Es ist wahr, daß bei uns die Arbeitsmöglichkeit besteht, es handelt sich nur um willige, geeignete und zur Aufopferung bereite Leute, deren Arbeit wir gern anerkennen müssen und sie nicht unlustig zu machen, was leider so oft geschieht. Für das neue Jahr bleibt das Arbeitsprogramm dasselbe, neu soll nur sein, daß wir noch eifriger und ausdauernder arbeiten müssen.

Die Redaktion.

2805 L

Aus Nr. 152 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo) vom 20. Dezember 1910:

Berlin—Posen.

Wir erhalten nachstehenden Artikel, mit dessen grundsätzlichen Gedanken wir uns einverstanden erklären. —

Die Redaktion.

Seit einiger Zeit machen sich in den Grenzmarken des Großherzogtums Posen, besonders in den am meisten bedrohten nordwestlichen Grenzmarken um Bromberg herum, Bestrebungen geltend, sich von der Suprematie Posens zu befreien.

Da ich persönlich diese Grenzmarken nicht genügend kenne, kann ich kein Urteil darüber fällen, inwieweit diese Bestrebungen an und für sich gerechtfertigt sind, ob sie überhaupt gerechtfertigt sind, oder ob sie — wie man schreibt — die Offenbarung persönlichen Ehrgeizes sind, der keine Gewalt über sich anerkennen will.

Wenn diese Bestrebungen einzig Offenbarungen des Ehrgeizes auf persönlicher Grundlage wären, dann müßte ihnen die Volksgesamtheit entschieden ein Ende machen: Halt! — Es ist nicht erlaubt!

Wenn sich aber die Sache so verhält — was Leute, die die Verhältnisse in den Grenzmarken kennen, behaupten —, daß in diesen Grenzmarken das nationale Leben infolge der größeren, näheren und deshalb auch greifbareren Gefahr weiter entwickelt ist, als in den Gegenden dicht bei Posen, sowie auch in den Gegenden südlich und östlich von Posen, daß es also an die politischen und nationalen Faktoren größere Anforderungen stellt, diese aber durch die Posener Zentralisation geknebelt sind, dann kann man nur schwer die Logik des hieraus entstandenen Bestrebens, sich von Posen loszulösen, bestreiten, falls Posen nicht, wie ihm dies die Grenzmarken vorwerfen, die hinreichenden Fähigkeiten und den Willen zeigt den Faktoren in den Grenzmarken behilflich zu sein.

Von der Logik bis zum Recht ist indessen ein weiter Weg. Das Leben stützt sich nicht auf die Grundsätze der Logik, sondern normiert sich nach den Bedürfnissen. Die Grenzmarken gehen von der Voraussetzung aus, daß ihnen in ihrem Verhältnis zu Posen eine größere Selbständigkeit gewährt werden muß, als den anderen Gebieten. Wenn diese Forderung den wirklichen Bedürfnissen der Grenzen entspricht, dann muß sie befriedigt werden. Mehr Selbständigkeit ist doch nicht dasselbe wie „völlige Loslösung von Posen". Ein Formelchen, das die Zusammengehörigkeit der Grenzmarken mit Posen genügend sichert, wird nicht schwer zu finden sein. Von einer völligen Loslösung der Grenzmarken von Posen kann also nicht die Rede sein. Solange die Grenzmarken polnisch sind und polnisch sein wollen, muß das Schwergewicht ihres Polentums in Posen ruhen, denn Posen ist dank der geschichtlichen Tatsachen zum Mittelpunkt unseres nationalen Lebens geworden.

Nur daß die Gedanken Posens im besonderen und die Gedanken der Polen unter preußischer Herrschaft im allgemeinen allzu sehr auf Berlin gerichtet sind. Im Namen „Berlin" vereinigen sich die drei Begriffe: Staat, Regierung und deutsche Volksgesamtheit.

Blicken wir von diesem Gesichtspunkte aus nur auf die letzten Posener Festtage. Ganze Monate hindurch — nach der Posener Wahlkampagne — war alles mit Berlin beschäftigt. Was von dort aus auf uns herabfallen wird: lebenbringendes Manna (Nicht-Enteignung und einen neuen Erzbischof), oder ein neues Kreuz (eine antipolnische Rede des Kaisers)? Von dort aus die große Aktion, mit der Reise nach Krakau verbunden, und ferner vielleicht, daß man, ... keine Grunwaldfeier begehen soll . . . . . Von dort aus die große Lebensfrage: Teilnahme oder Nichtteilnahme an den Posener Festlichkeiten. Die Losung von der Notwendigkeit, sich für die nationale Sache aufzuopfern (mit der Miene eines Märtyrers die Angriffe der Presse aufzunehmen). Von dort aus (trotz der Aufopferung) die Bemühungen und Anstrengungen, diese Angriffe zu mildern.

Die Festlichkeiten sind verrauscht. Überall herrscht Stille. Sollte das die Erscheinung eines moralischen Katzenjammers sein? Oder besteht auch die Notwendigkeit des Schweigens, um das überflüssige Hervortreten der Herren von Turno aus Objezierze und v. Skorzewski aus Lubostron zu bemänteln? Oder vielleicht gibt das Schließen der Türen während der Kaiserlichen Rede denjenigen, die sich am meisten um die Gnade des Kaisers bemüht haben, Veranlassung, sich die Worte Salomos ins Gedächtnis zurückzurufen: Alles ist eitel? Vielleicht bedauern sie auch, daß der Abglanz der „Gnade Gottes" (von welcher der Kaiser in Königsberg gesprochen hat), ihn in Posen nicht erleuchtet hat. Und wenn dem so gewesen wäre, dann hätte er damals deutlicher geschrieen: Pack' dich! In einem solchen Falle hätten die Bekenner des „Königtums von Gottes Gnaden" Veranlassung, ihrem Herrgott zu danken, daß er dem Kaiser dies nicht in Posen eingegeben hat, sondern erst in Königsberg.

Wie viel Verwirrung liegt in alledem?! Das Volk denkt sich bieder und gottesfürchtig: was ich tue, das ist meine Sache. Vertreibt man mich von dieser Stelle, dann werde ich an einer anderen arbeiten. Und ich werde das bleiben, als was mich Gott geschaffen hat und was ich werde sein wollen, und nicht ein anderer.

Das ist klar und deutlich; jeder versteht dies und weiß, das dies so ist, sein muß und sein wird. Von irgend welcher Angst ist hier nicht die Rede.

Aber es ist eine ungebildete Nation. Sie ist also nicht aufgeklärt, nicht klug genug.

Man hätte also ganze Stöße von Büchern, die Klugheit Fremder, verschlingen und verdauen müssen, um es zu verstehen, über sich zu jammern: Was werde ich tun, wenn man mich enteignet? Und um sich die Jahre der Wanderschaft mit Hunger und Kälte in fremden Ländern vorzustellen! Das ist abscheulich . . . . Nur daß es diesen Verängstigten häufig garnicht unangenehm ist, sich des Wissens, der Phantasie, des Fischfanges, der Tigerjagd usw. wegen in fremden Ländern umherzutreiben. Aber wenn Berlin schreit: Enteignung!, dann flieht die Phantasie und es verändert sich alles in Lamento und in das Elend der Emigration.

Außer der schmerzlichen Satyre bleibt noch die sehr wichtige Frage übrig: Weshalb bringt uns Berlin so in Verwirrung?

Und auch diese Frage beantwortet wieder die Geschichte. Berlin gab im Jahre 1815 dem Großherzogtum Posen einen polnischen Statthalter. Berlin unterschrieb die Beschlüsse des Wiener Kongresses, also garantierte es den Polen auch die nationale Existenz. Nach Berlin hin richtete man Jahrzehnte hindurch die Augen, ob das Großherzogtum Posen nicht die Selbständigkeit erhalten würde. Dann protestierte man Jahrzehnte hindurch gegen Berlin, weil man den berechtigten Wünschen der Polen nicht Genüge leistete. Schließlich begann man in Berlin mit der positiven Arbeit) in den Jahren 1858 bis 1885). Die Früchte dieser „positiven Arbeit" sammelte man in der Versöhnungsära. Diese Früchte waren: Fakultativer polnischer Lese- und Schreibunterricht in den Schulen, in welchen den Kindern in der Mittel- und Unterstufe der Religibnsunterricht in der polnischen Sprache erteilt wurde, sowie die Ernennung des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski,

der früher Abgeordneter gewesen war. Heute blickt man nach Berlin (ohne Furcht in dem ritterlichen Herzen), ob man nicht mit der Enteignung beginnen oder noch schlimmere Gesetze schmieden wird.

Alle diese Kundgebungen unserer „nationalen" Politik gegenüber Berlin, also der Illusionen, Proteste, der positiven Arbeit und schließlich der Befürchtungen haben ein und dieselbe Ursprungsquelle: das Fehlen der inneren nationalen Selbständigkeit und im Zusammenhang hiermit das Fehlen der Unabhängigkeit von Berlin.

Da ich nicht falsch verstanden werden möchte, will ich meine Anschauung kurz erläutern. Ich bin der Ansicht, daß wir es weder verstehen, Klugheit zu lernen, noch in den Büchern der Geschichte zu lesen. Die Geschichte lehrt uns, daß uns Berlin Böses zufügt. Die einfache Schlußfolgerung ist also die, daß es uns Böses wünscht. Und uns scheint es, daß — vielleicht — Berlin uns Gutes wünscht, daß es uns also vielleicht auch Gutes tun wird.

Dem widersprechen die hundert Jahre der polnisch-preußischen Geschichte, wir aber wollen dem nicht glauben, denn wir verstehen es nicht, die historischen Tatsachen logisch zusammenzustellen. Dmowski sagt, „daß wir nicht den Mut haben, der Wahrheit ins Auge zu blicken".

Ich ziehe daraus den Schluß, daß jegliches Rechnen auf Berlin in der Vergangenheit getäuscht und betört hat. Auch heute noch hat dieses Rechnen auf Berlin den gleichen Erfolg. Von den Enttäuschungen brauche ich nicht erst zu sprechen, denn diese rufen eine sofortige Wirkung hervor.

Schlimmer ist es mit der politischen Betörung. Schlimmer, denn wenn sie schon den Gesichtskreis von Leuten verdunkelt, die als sehr gebildete, verständige gute Bürger und Wirte gelten, so muß sie um so mehr die Gemüter der Leute verdunkeln, die in der Politik nicht die Spreu vom Weizen, das Böse vom Guten, das Schädliche vom Nützlichen zu unterscheiden verstehen. Sie muß die Gemüter der Leute um so mehr in der Zeit eines so heftigen Kampfes verdunkeln, wie er gegenwärtig in unseren Landesteilen tobt, eines Kampfes, welcher Anspannung und Begeisterung, aber auch viel Unzufriedenheit erweckt, und dies um so mehr, als man beim Kämpfen auch das Ende harrt und man sich dieses Ende des Kampfes als den Beginn des Paradieses auf Erden vorstellt.

Zu derartigen falschen Vorstellungen kann nur die politische Betörung führen. Zu falschen, also geradezu schädlichen Vorstellungen. Denn es ist nicht nur falsch, sondern geradezu schädlich, uns als Ende unseres nationalen Kampfes den Frieden vorzustellen.

Daran, daß Berlin — heute vielleicht mehr als einst — die Aufmerksamkeit der polnischen Volksgesamtheit auf sich lenkt und die Gemüter verwirrt, ist meiner Ansicht in erster Reihe Posen schuld.

Posen hat aus den Zeiten der Provinziallandtage, aus den Zeiten der Marcinkowskis, Libelts, Cieszkowskis, Cegielskis, Raczynskis und Mielzynskis die Bedeutung des Brennpunktes des polnischen Lebens unter preußischer Herrschaft geerbt.

Dieses Erbteil war allerdings geblieben, es hörte jedoch eine bestimmte Zeit hindurch auf, sich zu entwickeln, mit dem Fortschritt, dem Geiste und der Zeit vorwärts zu schreiten. Es scheint, als ob das Echo des antipolnischen Kampfes, als ob die Schläge der Ausnahmegesetze das polnische Leben in Posen, sowohl in gesellschaftlicher, als auch in öffentlicher Hinsicht, betäubt und erstickt haben. Posen wurde zum Feind der Reformen in den ererbten Institutionen. Die besten Beispiele hierfür sind „Der Marcinkowski-Verein" und der „Volksbibliothekenverein". Dieser letztere hat sich Jahrzehnte hindurch allen Reformen widersetzt. Der Marcinkowski-Verein hat das Projekt der Universitätsjugend, das eine genauere Kontrolle darüber bezweckte, ob die öffentlichen Gelder in würdige oder unwürdige Hände gelangen, entschieden abgelehnt.

Und das politische Leben offenbarte sich durch sporadisch einberufene Generalversammlungen. Nirgends ein Plan, nirgends ein System, nirgends ein Blicken in die Zukunft. Die nationalen Faktoren waren schon mit gelegentlicher Arbeit zufrieden.

Und welches war der Erfolg dieser Arbeit? Die Verwirrung Posens und die Verwirrung der polnischen Volksgesamtheit.

Die letzte Kundgebung dieser Verwirrung, nach welcher allmählich die Sanierung begann, ist die Gründung des Vereins „Strasch", gewesen, mit all seinen günstigen und schädlichen Nebenerscheinungen.

Ich habe den Artikel damit begonnen, die Bestrebungen der nordwestlichen Grenzmarken, sich von Posen frei zu machen, zu konstatieren. Ich kann diesen Artikel mit der Feststellung schließen, daß man in den anderen polnischen Landesteilen, ebenso im Großherzogtum, wie auch in Ost- und Westpreußen und in Oberschlesien, mit Posen unzufrieden ist. Es ist dahin gekommen, daß man in der Provinz von Posen mit einem gewissen Hohn und mit Nichtachtung spricht.

Die Provinz muß Posen mit der Zeit dazu zwingen, sich aus der gegenwärtigen Ohnmacht und Rückständigkeit emporzuraffen. Die Provinz braucht einen Mittelpunkt, in welchem das polnische Leben zusammenströmt und am lebhaftesten pulsiert. Dieser Mittelpunkt muß Posen sein und kann auch nur Posen sein, sei es auch nur mit Rücksicht darauf, daß es die meisten polnischen historischen Andenken besitzt und die besten und bequemsten Verbindungen hat.

Es sind ja in Posen unsere höchsten politischen, wirtschaftlichen und aufklärenden Behörden verschiedener Art konzentriert.

Einen Beweis dafür, daß sich Posen zu Reformen treiben läßt, bildet der Volksbibliothekenverein. In Ostrowo hat man sich das Recht der Dezentralisierung gewaltsam angemaßt. Da es nicht anders handeln konnte, hat Posen dem Komitee des Volksbibliothekenvereins in Ostrowo die Selbständigkeit zugebilligt. Und was noch interessanter ist, Posen propagiert die in Ostrowo begonnene Reorganisation in anderen Kreisen.

Aus Nr. 289 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 21. Dezember 1910:

Von der Rolle der Beamten in unseren Landesteilen.

Unlängst hat man uns aus Schubin mitgeteilt, daß es dort in einer gewissen Versammlung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den deutschen Bürgern und der Beamtenschaft gekommen ist. Den Grund zum Zusammenstoß bot die Gründung des deutschen Bürgervereins, dessen Charakter gegen das allzu üppige Sichbreitmachen der Beamten auf allen Gebieten des politischen Lebens gerichtet ist. Wie wir bereits berichtet haben, sind bis jetzt schon einige solcher Vereine entstanden, was ein Beweis dafür ist, daß das Lärmmachen der Beamten sogar den Deutschen zum Ekel geworden ist, soweit sie nicht völlig von der Regierung oder vom Hakatismus abhängig sind.

Man hört immer häufiger Deutsche, Kaufleute und Industrielle, über die Wirtschaft der Beamten in unseren Landesteilen klagen. Sie sagen völlig mit Recht: Jeder Beamte hat seinen ständigen und sicheren

Lebensunterhalt. Da er nun unter angeblich schwierigen Verhältnissen arbeitet, erhält er besondere Zulagen, die sogenannte Ostmarkenzulage. Außerdem schöpft er aus verschiedenen Fonds zur Erziehung der Söhne usw. Es ist also kein Wunder, daß er den schneidigen deutschen Patrioten markiert, daß er im Sinne der Regierung mit voller Rücksichtslosigkeit gegen die Polen auftritt und den Haß gegen sie in den Zeitungen und in Versammlungen schürt.

In einer anderen Lage befinden sich der deutsche Kaufmann und der deutsche Industrielle. Trotz der Unterstützung der Behörden ist er dennoch auf die Unterstützung der polnischen Bevölkerung angewiesen, die immer noch die bedeutende Mehrheit in unseren Landesteilen bildet. Die Hetze, die von verschiedenen, von Beamten geleiteten deutschen Organisationen betrieben wird, kann ihnen nicht angenehm sein. Sie sind sich völlig klar darüber, daß sie durch jene Hetze eine Menge polnischer Abnehmer verloren haben und daß sie immer mehr verlieren werden, weil der ständige Kampf zur nationalen Aufklärung des polnischen Volkes beiträgt, welches Verständnis dafür gewinnt, daß es die Pflicht hat, den polnischen Kaufmann und Industriellen vor den Folgen der antipolnischen Hetze zu behüten.

Unabhängige Deutsche, die sich von der antipolnischen Raserei noch nicht haben fortreißen lassen, verstehen die Lage sehr gut. Sie fürchten sich indessen, solche Anschauungen laut werden zu lassen, und schließlich gibt es nur wenige deutsche Zeitungen, die solche Stimmen aufnehmen würden Dafür kann man häufig privatim Klagen über die antipolnische, von keinen Rücksichten geleitete Hetze hören. Das augenscheinliche Ergebnis dieser Anschauungen scheint die Gründung jener Bürgervereine zu sein, von denen die Beamten ausgeschlossen sind.

Die hakatistischen Zeitungen erklären unaufhörlich, daß es die Polen sind, welche hetzen und das gegenseitige Verhältnis beider Nationalitäten stören. Es ist dies eine so greifbare Lüge, daß man sie nicht einmal widerlegen braucht. Es lohnt sich indessen, darauf hinzuweisen, daß in der hakatistischen Bruderschaft, welche den nationalen Haß bis auf die äußerste Spitze getrieben hat, Beamte, zu denen man auch die Pastoren zählen muß, die Hauptrolle spielen. Ähnlich verhält es sich mit allen Einrichtungen, die gegen die Polen gekehrt sind.

Man kann sich darüber nicht wundern, wenn ein solcher Befehl von oben herab kommt und wenn die Regierung dafür mit Zulagen und Orden zahlt. Gegenwärtig ist ein Ministerialerlaß aus dem Jahre 1898 zur öffentlichen Kenntnis gelangt, in welchem den Beamten ausdrücklich befohlen wird, an der Germanisierung unserer Landesteile zu arbeiten.

In einem Staate, in welchem die Gerechtigkeit das Fundament der Regierung bildet, würde ein ähnlicher Erlaß unmöglich sein. Solche Verhältnisse sind nur bei uns möglich, wo der Beamte nicht für alle Bürger da ist, sondern gezwungen ist, geradezu gegen einen Teil derselben zu arbeiten. Mit der Zeit muß sich ein derartiges Vorgehen an jenen rächen, die es begonnen haben. Der Beginn scheint die Erbitterung der unabhängigen Deutschen zu sein, die, wie man uns mitteilt, in der letzten Zeit in verschiedenen Versammlungen zum Ausdruck gekommen ist.

Wir haben keine Veranlassung, hierüber außergewöhnlich zu frohlocken. Schließlich möchten uns alle Deutschen entnationalisieren und zu Preußen umarbeiten. Wer weiß sogar, ob es für uns nicht vorteilhafter ist, daß man die Hetze hervorgerufen hat, denn dadurch haben Hunderttausende von Polen gelernt, ihre Nationalität zu lieben. Wir weisen auf diese interessante Erscheinung nur deshalb hin, weil es in einem Kampfe, wie der gegenwärtige, gut ist, die Einteilung des feindlichen Lagers zu kennen.

Aus Nr. 1 des Przegląd Wielkopolski (Posen) vom 1. Januar 1911:

Die Angelegenheit Reisen.

Die Tageszeitungen haben den Verlauf dieser überaus traurigen Angelegenheit schon so ausführlich wiedergegeben, daß wir auf die Einzelheiten, weil allgemein bekannt, nicht einzugehen brauchen. Wir stellen uns die Aufgabe, einige Probleme zu erörtern, namentlich, ob die Möglichkeit gegeben war, Reisen zu verteidigen, und wer daran schuld gewesen ist, daß es nicht gerettet wurde.

Aus dem Wortlaut des Reisener Majoratsakts geht hervor, daß die preußische Regierung nach dem Aussterben der Sulkowskis in gerader Linie vom Stifter des Majorats her das formelle Recht, von dem Erbe Besitz zu ergreifen, hat vindizieren können. Die preußische Regierung bezw. das Provinzial-Schulkollegium hält sich nämlich für den Nachfolger der polnischen Edukationskommission, auf welche nach dem Aussterben der Sukzessoren des Stifters in gerader Linie die Güter übergehen sollten, sofern die entfernteren Sukzessoren die im Majorats-Statut vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllen würden.

Die Rechte der entfernteren Sukzessoren waren unsicher, daher ließ man sich in Unterhandlungen mit der preußischen Regierung ein. Nicht das betrachten wir als einen Fehler, daß man sich in Unterhandlungen eingelassen hat, sondern das man an sie herangetreten ist, ohne alle Rechtsmittel vorher erschöpft zu haben.—

Von den entfernteren Sukzessoren schritten zu Verhandlungen mit dem preußischen Fiskus die Grafen Wodzicki und Heinrich Potocki. Der zwischen dem verstorbenen Fürsten Sulkowski und den Grafen Wodzicki und Heinrich Potocki abgeschlossene Vertrag beruhte auf der Auflösung des Majorats und dessen Umwandlung in ein Familiengut, und das Anrecht an dasselbe hat man infolge der Zweifelhaftigkeit der Sache dem preußischen Fiskus für vier Millionen Mark verkauft. Weniger der gewissermaßen unter dem Zwang der Zweifelhaftigkeit der Sache vollzogene Verkauf bildet die Schuld, als die bei der Abtretung des Rechts übernommenen Bedingungen.

Die Annahme der Bedingung der Auflösung des Majorats hob dessen Integrität auf. Dadurch wurde der preußischen Regierung die Besiedelung der Güter erleichtert. Dieser Umstand ermöglicht der Regierung ferner, sich der an das Majorat geknüpften Verpflichtung, dessen Einkünfte zur Ausbildung von 30 jungen Polen zu verwenden, zu entziehen.

Zweitens wurde bei dem Vergleich die nachstehende Bedingung angenommen: Die Vertragschließenden versprechen, nichts zu unternehmen, was das Zustandekommen des Familienaktes erschweren oder unmöglich machen oder dessen Rechtsgültigkeit in Frage stellen könnte.

Durch die Annahme dieser Vorschrift, welche angenommen wurde ohne Vorwissen der übrigen Erben, die gleichfalls das Recht auf die Sukzession für sich in Anspruch nehmen könnten — haben die Kontrahenten sich den Weg zur Unterstützung der Rechte dieser Sukzessoren versperrt.

Die Schuld daran, daß diese seinem Wesen nach erniedrigende Vorschrift angenommen wurde, ist um so größer, als die Kontrahenten wußten, daß einige Linien

der Agnaten die Absicht hatten, mit ihren Ansprüchen an das Erbe hervorzutreten.

Aus dem Verlauf des von einem der Agnaten, Grafen Thomas Potocki, gegen den preußischen Fiskus eingeleiteten Prozesses geht hinreichend klar hervor, daß die Kontrahenten, nachdem sie die vier Millionen erhalten, sich an die ihnen auferlegte Bedingung streng gehalten und daß sie die Bemühungen des Klägers eher geschädigt, als gefördert haben.

Ferner ist der Verdacht gerechtfertigt, daß das bestellte Gutachten des Prof. Kipp, auf welches sich der preußische Fiskus in dem von Grafen Thomas bzw. August Potocki gegen ihn angestrengten Prozeß gestützt hat, bezahlt worden ist durch den Vertreter der Kontrahenten — durch den Rechtsanwalt Löwenfeld — und dieser hat bestimmt die Kosten aus seiner Tasche nicht bezahlt.

Die Verschuldungen und Verfehlungen sind klar und sie werden sich durch keine Dialektik verdunkeln lassen.

Noch eine, wenn auch mehr nebensächliche Angelegenheit müssen wir besprechen. In die Reisener Frage, wenn auch nur in zweiter Linie, vermengt ist der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Sigismund v. Dziembowski. Mehrfach interpelliert und der Mitschuld geziehen, hat er das Anwaltsgeheimnis und auch Rücksichten auf die Interessenten vorgeschützt. In seiner Verteidigung müßte der Angegriffene nämlich die ganze Reisener Sache aufrollen, und das könnte den Abschluß des Familienaktes mit der preußischen Regierung nachteilig beeinflussen. Aber dieser Akt ist schon abgeschlossen und liquidiert worden — diese Rücksicht ist somit hinfällig. Herr Dr. v. Dziembowski kann also mit den Aufklärungen hervortreten. Wenn er vorschützt, es seien noch Prozesse im Gange, so wird das niemanden überzeugen. Werden diese Prozesse doch gegen den preußischen Fiskus geführt, sodaß der Angegriffene (v. D.) keine Verpflichtung hat, die Interessen des preußischen Fiskus zu schonen.

Das Resultat unserer Untersuchungen ist folgendes: Es war die Möglichkeit gegeben, Reisen zu verteidigen, aber der vorzeitig mit dem Fiskus abgeschlossene Familienakt hat die Rettung Reisens fast unmöglich gemacht, und die Form des Kontraktes hat dem Fiskus die Möglichkeit geboten, sich der Pflicht, die Einkünfte des Majorats zur Ausbildung junger Polen zu verwenden, zu entziehen.

Gegen diese Vorwürfe wird niemand die Interessierten und ihre Rechtsbeistände zu schützen vermögen.

Selbst wenn ein Teil des Fonds, welcher aus dem Verkauf der Anrechte auf das Reisener Majorat gewonnen worden ist, zu unseren Zwecken bestimmt würde, so wird dadurch die Schuld nicht verkleinert werden.

Die nächste nachteilige Folge der unglückseligen Sache ist, daß einige hundert polnische Arbeiterfamilien nach der Besiedelung der Güter werden in die Ferne ziehen müssen. Die Mitteilung, die preußische Regierung habe den Kontrahenten die verabredeten vier Millionen Mark noch nicht ausgezahlt, da sie sich infolge der Ankündigung, andere Agnaten würden Prozesse gegen sie anstrengen, im Besitze von Reisen noch nicht völlig sicher fühle, diese Mitteilung schwächt unsere Beweisführung in nichts ab und ändert an unserm Urteil über diese Sache nichts. Notus.

Aus Nr. 1 des Zjednoczenie (Posen) vom 1. Januar 1911:

Über die Ziele und Aufgaben unserer Vereine.

Ist es nötig, daß wir uns die Ziele und Aufgaben unserer Vereine vor Augen halten? Wenn wir solche Vereine gründen, ihnen als Mitglieder angehören, bestätigen wir schon, daß wir wissen, weshalb sie entstehen und wonach sie streben.

Da jedoch, wo es sich um Sachen von grundsätzlicher Bedeutung handelt, muß man sich diese öfter betrachten, immer wieder auf sie zurückkommen. Namentlich ist das jetzt zum Beginn des neuen Jahres nötig, wo wir zu neuer Arbeit aufgefordert werden, wo wir neue Kräfte anwenden müssen, neue Schwierigkeiten zu überwinden haben werden. Die Aufgaben unserer Vereine werden uns durch ihre Namen ausdrücklich angezeigt. Weil sie „aufklärende" Vereine sind, müssen sie sich mit solchen Sachen befassen, welche die Aufklärung betreffen, sie müssen Aufklärung verbreiten. Es wird sich darum handeln, sich darüber klar zu werden, was man unter „Aufklärung" zu verstehen hat und welche Ziele der Arbeit unserer Vereine vorschweben sollen.

Wir wollen uns daher die Ziele, nach denen unsere Vereine streben sollten, klar vor Augen führen.

Unsere Vereine, welche ihren Mitgliedern Gelegenheit geben, sich selbst fortzubilden und zwar durch die Einrichtung von Bibliotheken, Lesehallen, durch Veranstaltung von Vorträgen, Diskussionen, Kursen usw., sollten nicht nur die einseitige Bildung des Geistes verfolgen, sondern sie sollten auch daran denken, das gesamte geistige Leben zu heben, sie sollten für die Bildung der Charaktere ihrer Mitglieder sorgen.

Die Bildung des Geistes sollte sich nicht nur auf gewisse Kenntnisse aus einzelnen Gebieten beschränken, nein, es muß die allgemeine Bildung gefördert werden. Wichtige Pflicht unserer Vereine ist es heute, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder unsere nationale Lage verstehen lernen.

Es reicht nicht aus, sich Kenntnisse, die Stückwerk sind, anzueignen. Unsere Vereine müssen es sich zum Ziele setzen, in den Mitgliedern die großen und edlen geistigen Anlagen zu wecken, das Empfinden zu heben, den Willen zu bilden.

Die Frauen, welche unseren Vereinen angehören, sollten sich ihrer Pflichten bewußt sein, die sie als polnische Bürgerinnen in unseren Zeiten zu erfüllen haben.

Der weitere und endgiltige Zweck der Frauenbildungsvereine ist die Einwirkung auf die Gesamtheit durch ihre Mitglieder.

Es ist heute allgemein bekannt und anerkannt, daß der Einfluß der Frau in jedem Organismus der Volksgesamtheit eine überaus wichtige Rolle spielt. Bis jetzt machte sich dieser Einfluß insbesondere in der Arbeit für die Erziehung des jungen Geschlechts geltend, heute aber hat sich dieser Einfluß durch die Beteiligung der Frauen am allgemeinen Leben überhaupt, und an der Arbeit in sozialer und wissenschaftlicher Hinsicht im besonderen ungeheuer erweitert.

Solche Arbeit der Frauen ist heute in allen Volksgemeinschaften erforderlich und nützlich; für unsere Volksgesamtheit ist sie unentbehrlich.

Auf unserer Frau ruht in erster Linie die Pflicht, in unserer Gesamtheit die geistige Kultur zu verbreiten und dieser Kultur die eigenen, rein polnischen Merkmale zu erhalten.

Die Vorbereitung ihrer Mitglieder zur Tätigkeit nach dieser Richtung hin, die Anregung dazu, das

Weisen von Mitteln und Wegen zu solcher Arbeit; das sind die überaus wichtigen Ziele unserer Frauenbildungsvereine.

Aus Nr. 299 des Postęp (Posen) vom 31. Dezember 1910:

„Gleichheit" vor dem Recht.

Die ganze Welt weiß es, daß die Preußen am meisten die Polen hassen. Es hat sich sogar schon die Überzeugung befestigt, daß die Preußen gegenüber den Polen in fast jeder Sache Ausnahmegesetze anwenden. Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß wir uns an diese Ausnahmegesetze gewöhnt haben, und daß viele von uns, namentlich in Oberschlesien, auf den Gebrauch der Muttersprache Verzicht geleistet haben. Diese Leute sieht die preußische Regierung als Deutsche an. Ob mit Recht, darüber mögen andere urteilen.

Außer den Elementen, die sich für Deutsche halten, nachdem sie ihre Vorfahren und ihre Nationalität verleugneten — es ist ganz gleich, aus welchen Gründen sie das getan haben — befinden sich in Oberschlesien ganze Volksmassen, die auf die Menschenrechte nicht verzichtet haben, trotz der Jahrhunderte langen Losreißung Schlesiens vom Mutterstamme. Sie blieben treu dem Vatererbe. Sie sind als Polen geboren und wollen auch Polen bleiben. Sie tragen viele Opfer und wollen ihre Generation ungermanisiert der Geschichte überweisen.

Nach dem Vorbild anderer hat man auch hier verschiedene Vereine und Verbände geschaffen. Zweck jener Institutionen ist der Kampf um eine bessere Zukunft. Die einen sollen den materiellen, die anderen den moralischen Wohlstand haben. Leider hat die preußische Regierung sich — trotz der Statuten — eingeredet, daß alle polnischen Vereine und Verbände den Zweck haben, Polen von Preußen mit Gewalt loszureißen. Aus diesem Grunde sieht die Regierung die Vereine ohne Rücksicht auf ihren wirklichen Charakter als politische an. Der politische Hintergrund ist den Vereinen in den Prozessen auf der Grundlage der Aussagen von „amtlichen" geheimen und offenen Zeugen ständig untergeschoben worden. Von den Fachkenntnissen jener Zeugen könnte man vieles reden, es ist jedoch besser, darüber zu schweigen. Für sie sprechen die Aussagen vor Gericht. (Rakowski, Pietzonka und andere.)

Wenn man jedoch bedenkt, daß die Führer der preußischen Heere den Polen bei Gravelotte befohlen haben, „Gott, der Du Polen", „Mit dem Rauch der Feuersbrünste," „Noch ist Polen nicht verloren" und andere polnischen Lieder zu singen — und wenn heute man nicht nur verbietet, diese Lieder zu singen, sondern auch für das Singen derselben schwer straft, so gewinnt man unwillkürlich den Eindruck, daß die Preußen sogar den polnischen Gesang ausrotten wollen. Diese Überzeugung gewinnt um so mehr Grund, weil man die Gesangvereine als politische Vereine rubriziert. Angesichts dessen haben wir also politische polnische Gesangvereine, obwohl in der ganzen Welt Gesangvereine eben Gesangvereine sind.

Und obwohl wir auf die eigentliche Benennung der Gesangvereinen verzichteten und uns damit einverstanden erklärten, jeden Sänger als Politikomanen zu betrachten, obwohl die Mehrzahl der Sänger von Politik so viel Ahnung hat wie der Ochse vom Sonntag, sind immer noch die amtlichen Organe ständig unzufrieden. Da sie bisher noch kein fertiges Ausnahmegesetz für die polnischen „politischen" Vereine haben, greifen sie zu mittelbaren Mitteln. Hauptsächlich belegen sie die Gesangsleiter mit großen Strafen. Dadurch wollen sie uns die Abhaltung der Gesangstunden unmöglich machen und damit den Verfall der Vereine herbeiführen. Ob ihnen das gelingen wird, das hängt von uns selbst ab. Hier ein neuer Beweis der preußischen Liebe. Am 24. Dezember d. Js. — also am heiligen Abend, händigte die preußische Polizei in Kattowitz (Oberschlesien) dem Dirigenten und Klavierspieler Herrn Rozanski folgendes Dokument aus: (folgt die polnische Übersetzung des Schreibens der Königlichen Regierung für Kirchen- und Schulwesen in Oppeln II E. IX Nr. 3341).

Dann fährt das Blatt fort:

„Ebenso verfuhren einstmals die Verwaltungsbehörden in Berlin mit den sozialdemokratischen Turnlehrern. Der Unterschied ist nur der, daß es dort um die sozialdemokratischen Turnvereine ging, und im gegebenen Fall geht es um die polnische Intrigue, welche nach der Meinung der Organe der preußischen Regierung in den polnischen Gesangvereinen betrieben wird. Das Ziel ist ein und dasselbe. Die preußischen Sozialdemokraten wollen angeblich den Thron stürzen, und die Polen wollen scheinbar die Regierung, die sie ständig mit Ausnahmegesetzen beschenkte — und wenn es Not tut, diese mit Rechtsparagraphen, die vor 100 Jahren gültig waren, begründet, nicht anerkennen. Die preußische Regierung glaubt bis jetzt nicht den Versicherungen des Anführers der Sozialdemokraten, Bebel, daß im Falle eines Krieges jeder Sozialdemokrat zum Schwerte greifen und für die Größe des mächtigen Preußen kämpfen werde. Sie glaubt ebenfalls nicht den kürzlich gemachten Versicherungen des polnischen Abgeordneten Grafen Mielzynski, daß die Polen am Regierungstore stünden und auf die Aufforderung zur positiven Arbeit warteten. Sie glaubt auch denen nicht, die demütig ihre Stirnen auf dem Königsschlosse in Posen neigten. Ziel der Regierung ist — was schon so oft wiederholt wurde — Verpreußung der Polen.

Wer also sich selbst nicht verachten will und glaubt, daß die Nationalität keine Erfindung der Polen, sondern ein großes Geschenk Gottes ist, das zu verschachern niemandem erlaubt ist, der möge treu der Vergangenheit bleiben und die polnischen Institutionen unterstützen. Sache unserer Abgeordneten und Juristen ist es, sich mit der angewandten Rechtlosigkeit zu befassen und die Regierung zu belehren, daß ein derartiges Verfahren — wie im gegebenen Falle — rechtlos ist. Die Sozialdemokraten haben in der Turnangelegenheit einen Prozeß in allen Instanzen durchgeführt und gewonnen. Warum sollten auch wir nicht dasselbe in der Verteidigung des bedrohten polnischen Liedes tun? Mögen unsere Führer die Regierung belehren, daß das neueste Reichsvereinsgesetz — für uns ein Ausnahmegesetz — Personen beiderlei Geschlechts vom 18. Jahre ab erlaubt, politischen Vereinen anzugehören. Das Resultat der Verfolgung des Rechts muß das sein, daß die Regierung, welche die Gesangvereine als politische anerkannt hat, gezwungen wird, die Bestrafung der Gesangsleiter nur deswegen, weil an den Übungen Personen, die das 21. Lebensjahr noch nicht erreichten, teilnahmen, zu unterlassen.

Die Existenz der polnischen Gesangvereine wird in Oberschlesien immer mehr bedroht. Man muß daher alles tun, um sie zu befestigen und auf rechtliche Grundlagen zu stützen. Dies muß getan werden für das Wohl der Sache und auch dafür, um unserer Jugend eine rechtmäßige Entwickelung zu sichern. Andernfalls gerät unsere Jugend auf Abwege und die Preußen werden über die Gleichberechtigung der Polen spotten und ihnen gegenüber auch fernerhin Ausnahmegesetze anwenden.

Piechur.

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Betrifft den Posener Sokolverein.

Im Neujahrsartikel des Blattes heißt es u. a.: „Eine zweite günstige Erscheinung in unserm Sokolleben ist der Umstand, daß der Verein in Posen endlich zum Bau eines eigenen Nestes, einer eigenen Turnhalle schreitet. Mit diesem Akt wird die Feier des 25jährigen Bestehens des Posener Sokolvereins verbunden. Diese Feier wird nach den bisherigen Vorbereitungen zu urteilen, zweifellos den Umfang eines wahren Sokolfestes annehmen. Diese Tatsache wird, so hoffen wir, die Reihen des Posener Sokolvereins, die für die Hauptstadt Großpolens allzu schwach waren und sich noch dazu in letzter Zeit zu lichten begannen, bevölkern."

An anderer Stelle schreibt das Blatt mit Bezug auf Obiges:

„Unter den Mitteilungen (des Vorstandes des II. Gaues) wurde bekannt gegeben: 1. daß der Verein Posen im künftigen Jahre das 25jährige Jubiläum des Bestehens feiern wird. Kamerad Powidzki ladet im Namen von Posen alle Vereine ein, an dieser Feier, die zu Pfingsten, am 4. Juni 1911, stattfinden wird, teilzunehmen.

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Zum Gau II des Sokolverbandes gehören die nachstehenden Vereine:

Laufende Nummer	Name des Vereins	Zahl der Mitglieder	Zahl der Mitglieder, welche teilnehmen am				Der Verein besitzt			
			Turnen	Radfahren	Ringen	Turnspielen	Bibliothek-Bände	Bargeld	eiserne Fonds	eine Turnhalle, für die er jährlich zahlt
1	Posen	312	77	34	4	70	689	3,56	1028,82	228,—
2	Jersitz	90	18	—	2	—	64	900,—	—,—	72,—
3	Wilda	44	24	11	2	15	232	85,—	70,—	144,—
4	Lazarus	40	18	—	3	15	12	80,—	—,—	100,—
5	Samter	—	—	—	—	—	—	—,—	—,—	—,—
6	Rogasen	32	14	—	2	—	52	80,—	432,—	70,—
7	Obornik	32	12	12	1	2	86	30,—	193,—	50,—
8	Glowno	24	12	—	2	12	128	59,—	287,—	96,—
9	Buk	45	15	—	1	25	52	10,—	—,—	60,—
10	Opalenitza	31	16	—	—	1	53	17,—	für jeden Aktiv. 1 ℳ	—,—
11	Zirke	30	14	—	2	—	40	60,—	100,—	—,—
12	Neustadt b. Pinne	—	—	—	—	—	—	—,—	—,—	—,—
13	Schroda	37	8	—	1	18	147	730,—	54,—	—,—
14	Dopiewo	58	15	—	2	1	—	75,—	—,—	—,—
15	Moschin	58	26	—	—	—	—	70,—	—,—	40,—

Die Vereine Samter und Neustadt haben keinen Bericht eingesandt.

Aus Nr. 288 des Lech (Gnesen)
vom 21. Dezember 1910:

Lumpen.

Der Geheimbündeleiprozeß, der sich gegenwärtig in Lissa abspielt, hat viele polnische Schmutzereien ans Tageslicht gebracht und Gelegenheit geboten, uns darüber klar zu werden, daß mancher von uns aus persönlicher Abneigung bereit ist, unsere Sache zu verraten, wenn er sich nur an seinem Feinde rächen kann. Auch im Schoße des Vereins „Cecylia" haben sich Verräter gefunden, die aus persönlichen Gründen ihre Brüder bei den Behörden denunziert haben.

Ein deutsches Sprichwort sagt: Der größte Lump im ganzen Land, das ist der Denunziant.

Sehr richtig!

Aus Nr. 1 des Zjednoczenie (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Frauenlehrverein.

Kosten.

Die Monatsversammlung fand am 21. November im Lurc'schen Lokale bei zahlreicher Beteiligung der Mitglieder statt. Die Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren der verstorbenen Dichterin Marie Konopnicka von den Plätzen zu erheben.

Frl. H. Nowicka hielt einen Vortrag über „Marie Konopnicka". Nun mehr folgten vier Deklamationen: „Nach der Grenze," „Vor Gericht," „Am Sarge der Konopnicka," „Die lebende Harfe Polens".

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wurde beschlossen, das 10jährige Stiftungsfest mit Theatervorstellung zu feiern.

Die Grunwaldfeier, veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Verein „Lutnia" und „Sokol", gelang vortrefflich. Der Reinertrag wurde für die Lehrvereine bestimmt.

Die Monatsversammlung fand am 4. Dezember statt. — Die nächste Generalversammlung ist auf den 6. Januar 1911 festgesetzt.

Helene Kubowicz,
stellvertretende Schriftführerin.

Aus Nr. 27 der Gazeta dla Kobiet (Posen) vom 31. Dezember 1910:

Verein erwerbstätiger Frauen in Samter.

Die zum 27. November einberufene gemeinsame Versammlung aller Bezirke wurde von dem ehrwürdigen Patron eröffnet. Nach dem Absingen des Liedes „Wir wollen Gott" gab der Patron die Tagesordnung bekannt. Gleich nach der Eröffnung gedachte der Geistliche an den großen Verlust, den die polnische Gesamtheit durch den Tod des Prälaten Wawrzyniak erlitten hat. Gleichzeitig begrüßte der Patron die Vorsitzende des Vereins Oswiata, Frau Kulesza, die als Gast erschienen war. Es folgte das Vorlesen der Protokolle der letzten Versammlung und der Bezirksversammlungen Samter und Konsinowo. Nunmehr hielt Herr Bialasik, der Leiter des Rechtsschutzbureaus, einen Vortrag über alte Hochzeitsbräuche. Der Patron regt die Mütter und Töchter an, die Versammlungen fleißig zu besuchen und die Kinder im polnischen Lesen und Schreiben zu unterrichten; er weist auch auf die Vereinsbibliothek hin. Schöne Gedichte wurden deklamiert von Sophie Andrzejewska, Marie Terster, Pelagia Mikolajczak, Katharina Przybylak, Stanislawa Barlog, Agnes Konieczna, Angelika Urban und Maria Swoboda. Nach der Versammlung wurden neue Mitglieder aufgenommen. Die Versammlung war von 200 Mitgliedern besucht.

Aus Nr. 53 des Robotnik (Posen) vom 31. Dezember 1910:

Rogasen.

Am 20. November fand die General-Versammlung unseres Vereins statt. Aus dem vom Schriftführer verlesenen Berichte geht hervor, daß unserem Vereine am Schlusse des Jahres 152 Mitglieder angehören; die Filiale unseres Vereins in Sierniki, die am 29. Mai d. Js. gegründet wurde, hat 52 Mitglieder.

Der Verein veranstaltete im Laufe des Jahres 1 außergewöhnliche Hauptversammlung, 1 Hauptversammlung 1 Vorstandssitzung und 2 gewöhnliche Versammlungen. Zur heiligen Kommunion begab sich der Verein 4 mal. Der Bericht des Kassierers zeigt, daß die Kasse imstande war, die hohen Ausgaben zu decken. Der Bibliothekar hebt in seinem Berichte hervor, daß viele Mitglieder fleißig Bücher lesen.

In den Vorstand wurden gewählt:

Valentin Michalak, Vors., Ludwig Skrzypczak, stellvertr. Vors., Martin Glapka, Schriftf., Ignatz Matelski, stellvertr. Schriftf., Lorenz Paluszak, Kass., Lorenz Haupa und Lukas Bertrand, Beisitzer, Ludwig Majewski, Bibliothekar.

Aus Nr. 53 des Robotnik (Posen) vom 31. Dezember 1910:

Kostschin.

Unser Verein veranstaltete am zweiten Weihnachtsfeiertage eine gemeinsame Bescherung für die Kinder der Vereinsmitglieder im Manuszak'schen Saale. Nach der Ansprache des geistlichen Patrons wurden gemeinsam zwei Kirchenlieder gesungen. 11 Knaben und 5 Mädchen deklamierten sodann schöne Verschen, woraus zu ersehen ist, daß sich die Eltern in gehöriger Weise mit ihren Kindern befassen. Der Patron wiederholte mit den Kindern den Katechismus, worauf die Verteilung der Geschenke erfolgte.

Aus Nr. 53 des Robotnik (Posen) vom 31. Dezember 1910:

Miala.

In der Generalversammlung am 18. Dezember d. Js. wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Stanisl. Maciaszek, Vorsitzender,
Johann Kukucki, Schriftführer,
Ignatz Maciaszek, stellv. Schriftführer,
Johann Nawrot, Kassierer,
Anton Bloch, stellv. Kassierer,
St. Tresia, Martin Noja, Beisitzer.

Aus Nr. 2 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 3. Januar 1911:

Neudorf bei Wronke.

Längere Zeit hindurch wählte man hier zum Schulzen stets einen Deutschen, schließlich wurde ein Pole gewählt. Man tat das angeblich deshalb, weil die Polen nicht deutsch können. Die letzte Wahl gefällt vielen Polen nicht. Sie sind den Deutschen gegenüber sehr nett. Kein Wunder, daß ein gewisser Wirt, eine sehr angesehene Person im Dorfe, als er der Tochter die Hochzeit ausrichtete, alle Deutschen im Dorfe dazu lud, weil das „fein" ist. Die Krakowiaks und Masurs sind ihm offenbar überdrüssig geworden, und er hat an den Rheinländern Geschmack gefunden. Der eingeladene Propst fand kein Gefallen am Trubel und kehrte bald heim.

Ein solches geselliges Leben verursacht, daß wir bei den Wahlen oft durchfallen. Beweis hierfür sind die letzten Samter'schen Wahlen zum Provinzial-Landtag. Trotzdem wir die Mehrheit hatten, sind wir durchgefallen, denn viele von denen, die immer mit den Deutschen schmausen, stimmten für den Deutschen.

Aus Nr. 2 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 3. Januar 1911:

Wollstein.

In der vorigen Woche habe ich im „Goniec" die Mitteilung vom Jubiläum des hiesigen Organisten, Herrn Nowicki, gelesen. Der Korrespondent hat offenbar vergessen hinzuzufügen, daß der Organist, Herr Nowicki, zugleich Gründer und Dirigent des deutschen Gesangvereins ist, in dem er seit vielen Jahren sehr eifrig arbeitet. Wie s. Z. das hiesige Kreisblatt geschrieben hat, soll in Wollstein zur Feier dieses Jubiläums ein deutscher Sängertag stattfinden. Im deutschen Verein gibt sich der Jubilar oft Mühe, etwas Neues einzuüben, indes auf dem Chor in der Kirche hören wir fast alle Sonntage seit vielen Jahren bis zum Überdruß das gleiche Lied. Was den Kirchenchor betrifft, der sich angeblich aus 40 Mitgliedern zusammensetzt, so hat der Korrespondent diese wohl mit Einschluß der lutherischen Musikanten gezählt, die regelmäßig am Montag — (der Schluß des Satzes ist infolge von Druckfehlern unverständlich. Red. d. Ges.-Üb.). — Das

ginge noch an, wenn die Fanfare im entsprechenden Moment geblasen würde. Man stelle sich aber vor, welches Durcheinander entsteht, wenn in der Kirche der Geistliche ein Lied anstimmt, die Leute weitersingen und auf dem Chore die Fanfare gepaukt und trompetet wird. Am besten wäre es also, näherliegende Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, als über die polnischen Kaufleute und Handwerker zu schreien, daß sie zuviel ziehen. Einer für Viele.

Aus Nr. 4 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 5. Januar 1911:

Korrespondenz des Dziennik Kujawski.

Gründung eines „Sokolvereins".

Pakosch, den 2. Januar 1911.

In unserer Stadt schwindet die frühere Schläfrigkeit des Geistes immer mehr und macht dem Nationalgefühl und dem Verständnis der bürgerlichen Pflichten Platz. Man sieht jetzt in den hiesigen Vereinen tätige Mitglieder, die früher keine Ahnung von der kulturellen Bedeutung unserer Vereine hatten. Wir besitzen mehrere gut prosperierende Vereine, die sehr tüchtig an der Hebung des allgemeinen geistigen Niveaus arbeiten. Dies alles ist zweifelsohne das Verdienst der unermüdlichen Arbeit unseres lieben Propstes Kurzawski, der sich gar nicht schont, um die hiesige Bürgerschaft sowohl in materieller als auch moralischer Beziehung zu heben.

Gestern hat man hier wiederum den „Sokolverein", der 4 Jahre lang geschlafen hat, ins Leben gerufen. Zu der zu diesem Zweck einberufenen Versammlung kamen 3 Mitglieder des Gauvorstandes und 2 vom Vorstand des „Mutter-Sokolvereins" aus Hohensalza und eine ebensolche Anzahl von dem sehr tätigen Sokolverein aus Bartschin mit ihrem Turnwart, dem Kameraden Wisniewski an der Spitze.

Die Verhandlungen begannen kurz nach 3 Uhr nachmittags. Eröffnet wurden sie vom Herrn Link, dem bisherigen Vorsitzenden. Dieser übergab die Leitung der Versammlung dem Gauvorsitzenden Herrn Redakteur M. Gruszczynski aus Hohensalza. In der Versammlung waren nur geladene Gäste anwesend; sie fand in geschlossener Gesellschaft statt.

Der Gauvorsitzende besprach in einer längeren Rede die Ziele und Bestrebungen der polnischen Sokols, und indem er sich in der Folge noch mehrmals zum Worte meldete, unterstrich und vertiefte er die wichtigsten von ihnen. Sie fanden ein dankbares Echo unter den Zuhörern.

Allgemein gefallen haben ebenfalls die zündenden Ansprachen des Gauturnwarts Herrn St. Lachowski aus Hohensalza. Während der Rede betrat Propst Kurzawski den Saal. Er wurde vom Gauvorsitzenden und den Versammelten lebhaft begrüßt.

Propst Kurzawski, der einige Zeit den Ausführungen der beiden letzten Redner zugehört hatte, erklärte, daß die Sokolidee, die sich in so ehrenhaften Bestrebungen kristallisiert, in ihm immer einen wahren Freund und Förderer finden werde. Nunmehr wurde der Vorstand gewählt. Dieser besteht aus 3 Mitgliedern: Herr Linke ist Vorsitzender, Leszczynski Schriftwart und Kostusiak, Schatzmeister. Dem Vorstand wurde ein Beirat zu Hilfe gegeben. Herr Leszczynski ist Turnwart geworden. Nach verschiedenen Besprechungen wurde die Versammlung mit dem Absingen des Liedes „Verschlafen und träge diese Welt" geschlossen.

Wir haben also jetzt auch in Pakosch einen tätigen Sokolverein, er ist, wie man mir sagte, der 12. Verein im I. Gau des Verbandes der polnischen Sokols im Deutschen Reiche. Wir hoffen, daß keine Schwierigkeiten mehr diesen Verein in seiner Entwicklung aufhalten werden. Nicht nur, daß wir ihn hier nach Kräften unterstützen werden, auch die Vertreter des „Mutter-Sokolvereins" aus Hohensalza haben uns dasselbe versprochen. Damit unser Sokolverein sich die Tätigkeit der Hohensalzaer Sokols zum Muster nehmen könne, hat man die hiesigen Mitglieder zur Sokolvorstellung nach Hohensalza, welche im Februar stattfinden soll, eingeladen.

Soweit man bemerken konnte, hat sich das Bestreben gezeigt, in die Sokoltätigkeit auch die bei uns bisher vernachlässigten Sportarten: Schlittschuhlaufen, Rodeln und Radfahren hineinzuziehen, wozu die hiesigen Verhältnisse sehr passen würden. Es würde eine sehr erfreuliche Erscheinung sein, wenn die Ortsjugend dem „Sokolverein" beitreten möchte. Die Sokolidee wirkt sehr gut gegen die rationalistischen Strömungen die auch schon zu unserer Jugend sich den Weg bahnen, den höheren Aufschwung der jugendlichen Herzen vernichtend. Die Folgen dieser geistigen Epidemie kann man schon heute bemerken. Am meisten treten sie unter der polnischen kaufmännischen Jugend zutage. Der verderbliche Einfluß dieser Ansteckung kann auch leider schon hier und dort unter der Handwerkerjugend bemerkt werden. Die allgemeine Erscheinung der Verzerrung des jugendlichen Charakters wird in der Unlust zum idealen Leben und in der Lust zum Genießen sichtbar. Begleitet wird eine solche Auffassung gewöhnlich von Dummheit, dem Schwinden des Sichaufopferns und dem Fehlen von edleren Gefühlen.

Das sind die Folgen des heutigen preußischen Erziehungssystems, dessen Aufgabe in der Germanisierung unserer Jugend besteht. Im allgemeinen gelingt ihm dies nicht, doch verzerrt es die polnischen Seelen und beraubt sie eines höheren geistigen Aufschwungs.

Wünschen wir die Gesundheit der Seele unserer polnischen, sowohl der männlichen als auch der weiblichen Jugend, so spornen wir sie zum Beitritt in die Sokolvereine an, die durch das Betreiben von physischen Übungen die Gesundheit unserer Gesamtseele pflegen, denn nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen.

In jeder unsrer Stadt müßte ein Sokolverein, als Hort unserer Jugend, existieren, dann brauchten wir nicht zu befürchten, daß unsere Jugend körperlich und geistig verkrüppeln und damit unser Volk der Schlechtigkeit unterliegen werde, welche sein Grab sein würde. Ein Kamerad.

Aus West- und Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 38 der Nasza Gazeta (Pr.-Stargard) vom 27. Dezember 1910:

Das kulturelle Konitz.

Die Stadt hat, wie wir schon berichtet haben, von dem Besitzer Libers ein größeres Stück Land gekauft. Dieses Land wird die Stadt nun als Baugrundstücke verkaufen, aber nur unter der Bedingung, daß der Käufer eine Hypothek als Sicherheit dafür eintragen läßt, daß das Grundstück nicht in polnische Hände übergeht.

Aus Nr. 157 des Pielgrzym (Pelplin) vom 29. Dezember 1910:

Wabez.

Der neue hiesige Propst Kasimir Chmielecki, der seit einigen Jahren die Ausgrabungen in der hiesigen Gegend eifrig studiert, ist von der Akademie der Wissenschaften in **Krakau** zum ständigen Mitarbeiter der archäologischen Kommission ernannt worden.

Aus Nr. 156 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 29. Dezember 1910:

Erklärung.

Der Wiarus Polski, das Organ des Herrn Abgeordneten Brejski, hat den Verlag der Gazeta Grudziondzka in unerhörter Weise beleidigt. Die allgemeine Form dieser Beleidigung war derart, daß sie uns alle als Mitarbeiter des genannten Verlags treffen mußte. Wir protestieren gegen die Verletzung unserer Ehre und gegen diese öffentliche Beschimpfung. Gleichzeitig erklären wir, daß wir für das uns zugefügte Unrecht Genugtuung auf einem Wege verlangen werden, den wir — obwohl es uns unangenehm ist — für angemessen erachten werden.

Graudenz, den 28. Dezember 1910.

Die Direktion der Gazeta Grudziondzka:
A. Stefanski. Wl. Kulerski.

Die Redaktion:
Z. Zninski. Dr. J. Ulatowski.
M. Piechowski. Franziszek Bilicki.
J. Szczepanski, L. Kowalski, B. Szczuka, frühere Redakteure.

Aus Nr. 156 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 29. Dezember 1910.

Aus Zakrzewo, Kr. Flatow

wird uns eine freudige Nachricht mitgeteilt. Es sind dort nämlich drei Wirtschaften, die sich seit Menschengedenken in deutschen Händen befunden hatten, in kurzer Zeit in polnische Hände übergegangen. Herr Alexander Krajenka aus Paulsdorf, Kreis Gnesen, hat eine 26 Morgen große Wirtschaft für 3800 Taler von einem Deutschen erworben, Herr Wojciech Zwierzykowski hat von Herrn Liedtke eine 18 Morgen große Wirtschaft für 3200 Taler und Herr Antoni Dorsz von Herrn Zielke 6 Morgen Land für 1900 Taler gekauft. Herr A. Krajenka war früher Kutscher auf einem Gute und hat sich durch Fleiß und Sparsamkeit emporgearbeitet. Auf diese Weise haben sich auch die Herren Zwierzykowski und Dorsz, die Arbeiter waren, emporgearbeitet. Die Deutschen jammern natürlich darüber, daß die Polen so an die Arbeit gehen und den Grund und Boden von den Deutschen auskaufen. Sie sagen, daß die Polen, um das Land in der Nähe der katholischen Kirche aufzukaufen und mit der Zeit die Deutschen aus der Zakrzewoer Parochie ganz zu verdrängen, sogar übermäßige Preise zahlen. Die Parochianen und der Seelsorger freuen sich natürlich darüber, daß die Unsrigen so wacker ans Werk gehen. Dafür gebührt ihnen Ehre. Wenn doch auch anderswo unsere Landsleute ihrem Beispiel folgen möchten!

Die Red.

Aus Nr. 300 der Gazeta Toruńska (Thorn) vom 31. Dezember 1910:

Ein wichtiges Urteil.

Die kaschubische Bank in Neustadt klagte einen Wechsel mit polnisch-deutschem Text, deren sich unsere Banken gewöhnlich bedienen, bei dem Landgericht in Danzig ein. Obwohl dasselbe Gericht schon bei einer Reihe anderer Fälle keine Schwierigkeiten gemacht hat, hat es sich geweigert, ein Versäumnisurteil zu fällen und hat die Klage abgewiesen. In der Urteilsbegründung ist gesagt worden, daß der Wechsel ungültig sei, weil er zwei Ausstellungsorte, Wejherowo (die polnische Bezeichnung für Neustadt) und Neustadt Wpr. aufweise. In Westpreußen, heißt es im Urteil weiter, gebe es keine Ortschaft Wejherowo, und daß Wejherowo der altpolnische Name der Stadt Neustadt Wpr. sei, sei nicht bewiesen worden, er sei auch weder dem Gericht noch allgemein bekannt. Die Übersetzung des vereideten Dolmetschers sei dagegen willkürlich und beweise nichts.

Eigennamen werden im Wechselverkehr überhaupt nicht übersetzt. Wenn Mailand für Milano, Turin für Torino usw. angewandt wird, so ist das keine Übersetzung, sondern nur die Wiedergabe einer anderen Aussprache. Auch hier handelt es sich um keine Übersetzung, was schon daraus hervorgeht, daß sogar derjenige, der die polnische Sprache gut beherrscht, die Identität beider Namen nicht erkennen würde. Wenn die Identität auch nicht zweifelhaft wäre, so würde es sich doch um das Bestreben handeln, an Stelle des richtigen deutschen Stadtnamens einen willkürlichen polnischen Namen zu gebrauchen, was das Wechselrecht nicht zuläßt.

Die kaschubische Bank hat natürlich gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht Marienwerder hat das Urteil des Danziger Gerichts aufgehoben und die Beklagten werden verurteilt. Das Oberlandesgericht ist der Ansicht, daß, wenn der polnische Text auf dem Wechselformular nicht ausgefüllt war, die Parteien zu erkennen gegeben haben, daß der polnische Text nicht maßgebend sein solle; darum ist er auch nicht zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde fallen alle Zweifel des Danziger Gerichts weg. Die Sache hat Herr Rechtsanwalt Brejski aus Danzig durchgeführt, und notwendigenfalls wird er zweifellos gern mit jenem Urteil dienen.

Aus Nr. 158 des Pielgrzym (Pelplin) vom 31. Dezember 1910:

Aus den polnischen Häusern

muß man alle deutschen Zeitungen hinauswerfen — ganz gleich, ob sie deutsch-lutherisch oder aber deutsch-katholisch sind, denn in nationaler Beziehung sind sie für uns gleich gefährlich. Möge jeder dafür sorgen, daß sich im polnischen Hause nur ein polnisches Blatt befindet, denn nur ein polnisches Blatt ist ein wirklicher Freund des polnischen Hauses.

Aus Nr. 157 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 31. Dezember 1901:

Enteignung.

Zu dem Artikel der Rheinisch-Westfälischen Zeitung über die Enteignung schreibt die Gaz. Grudz.:

Die preußische Regierung möchte offenbar einen Keil in die Gesamtheit treiben und die Großgrundbesitzer unseren Stadtbewohnern gegenüberstellen, um durch die Schaffung von Gegensätzen zwischen Land- und Stadtbewohnern unsere polnische Gesamtheit zu schwächen und zu sprengen, damit sie sie nachher um so leichter bedrücken kann. Wir machen auf diese durchtriebenen Absichten der preußischen Regierung schon heute aufmerksam, und weisen weiter darauf hin, daß die polnische Gesamtheit um so mehr darauf achten muß, damit sie nicht durch Uneinigkeit gesprengt werde.

Wir machen auch darauf aufmerksam, daß die Störer des Friedens und der Ruhe in der polnischen Gesamtheit, und besonders in der Fremde, sich schon heute darum bemühen, um auf künstliche Weise ein besonderes Interesse des Arbeiterstandes im Gegensatz zum Interesse der ganzen Gesamtheit zu schaffen. Angesichts dessen warnen wir schon heute die Brüder und Arbeiter in der Fremde, daß sie sich nicht durch gewissenlose Aufwiegler gegen andere Schichten und Stände in unserer Gesamtheit aufhetzen lassen. Mögen unsere Brüder und Arbeiter in der Fremde und in der Heimat daran denken, **daß es nur ein polnisches Vaterland**, eine polnische Volksgesamtheit gibt und daß sie nur ein Interesse hat. In der polnischen Gesamtheit kann nicht das Interesse eines Standes die Interessen der anderen Stände überragen. Die Interessen aller Stände haben ein Recht auf Gleichberechtigung.

Diesen unseren Appell müssen wir aber auch an unsere Landwirte richten. Auch sie müssen wissen, daß in der polnischen Gesamtheit zwischen den Interessen aller Stände Harmonie herrschen muß.

Die preußische Regierung will ganz offensichtlich den Frieden zwischen den einzelnen Schichten unserer Gesamtheit stören. Wir hoffen aber, daß jeder wahre Sohn des polnischen Vaterlandes darauf achten wird, daß ihr dieses Kunststück nicht gelingt.

Aus Nr. 1 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 3. Januar 1911:

Enteignung.

Zu dem Artikel der „Nationalzeitung", der sich mit einem die Enteignung betreffenden Artikel der „Gaz. Grudz." befaßt, bemerkt letztere:

Wir werden die Angriffe der polenfresserischen Blätter ertragen, denn ein Tadel aus dem Munde eines Feindes ist für uns die größte Anerkennung, daß wir die polnische Sache gut verteidigen. Mögen die Polenfresser heulen vor Raserei, daß wir sie mit der verdienten Kritik züchtigen, mögen sie schäumen vor Wut. Wir werden ihnen immer und beständig wiederholen, daß die Politik der Vertilgung des Polentums in hohem Maße unmoralisch und sehr dumm ist. Deshalb muß sie jeder anständig denkende Mensch verurteilen, deshalb muß sie auch bankerott machen, denn uns Polen wird sie niemals brechen.

Aus Nr. 157 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 31. Dezember 1910:

Von der Redaktion.

Herrn Franz Salesius **Kryśiak**, Verleger und Redakteur des **„Dziennik Berlinski"** — ins Album: Wer zum Begräbnis seines Vaters nur einzig und allein deshalb nicht gegangen ist, weil sein Vater ein armer Schuhmacher war, der ist auch fähig, im „Dziennik Berlinski" Brutalitäten und Schimpfworte im Stil eines auf erschreckend niedriger Kulturstufe stehenden Wallischeier*) Eckenstehers mit anormalen Sinnesorganen zu schreiben.

Aus Nr. 1 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 3. Januar 1911:

Von der Redaktion.

Herr **Abgeordneter Kulerski** schreibt uns folgendes:

Die in der Nr. 157 der „Gaz. Grudz." unter der Rubrik „Von der Redaktion" enthaltene Notiz, welche den Redakteur des „Dziennik Berlinski", Herrn Kryśiak, betrifft, halte ich für ungehörig und taktlos, und ich verurteile ihre Veröffentlichung in der „Gaz. Grudz.". Mögen meine Gegner mir gegenüber mit Waffen kämpfen, wie es ihnen immer gefallen mag, ich werde aber, soweit es mir möglich ist, darauf achten, daß mein eigenes Blatt mit derartigen oder ähnlichen Waffen nicht kämpft. Und wenn dies ohne mein Wissen und Willen geschehen sollte, werde ich auch in Zukunft nicht zögern, es öffentlich zu verurteilen.

Viktor Kulerski.

Aus Nr. 1 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 3. Januar 1911:

Aus Schwetz

erhalten wir eine längere Korrespondenz, in der sich der Einsender über die nach dem Tode des Propstes Blok in der Parochie Schwetz herrschenden traurigen Verhältnisse beklagt. Der gegenwärtig für die Propstei Schwetz präsentierte Geistliche, Professor Retzlaff, ist kein guter Seelsorger, sondern ein Mietling. Er fleht seinen göttlichen Meister nicht an um die Gnade einer würdigen Amtserfüllung, sondern er übernimmt ein Amt gegen den Willen der ganzen Parochie, mit der er sich, um das Maß voll zu machen, noch prozessiert. Es geht jenem Geistlichen nicht um das Seelenheil, um die Sorge für die ihm Anvertrauten, sondern — um eine fette Propstei. Es haben sich die Worte erfüllt, die der verstorbene Propst Blok gesagt hat: „Ihr werdet sehen, was hier geschehen wird, wenn ich einmal die Augen zumache."

Deshalb warnt der Korrespondent die Pröpste, die sich um fette Propsteien bewerben, daß sie auch an das Ärgernis denken sollten, das sie dann hervorrufen, wenn sie auf die Gefühle ihrer Parochianen keine Rücksicht nehmen würden. Die geistliche Behörde macht er wiederum darauf aufmerksam, daß sie auf ihre Pröpste ein wachsames Auge haben und nicht zulassen solle, daß sie sich mit den Feinden der hl. Kirche verbrüderten, die bei uns ähnliche Verhältnisse einführen wollten, wie sie in Frankreich, Portugal und Spanien herrschten.

Aus Nr. 1 des Pielgrzym (Pelplin) vom 3. Januar 1911:

Sammeln wir für die Pallottiner.

Ich lese in einem deutschen Berliner Blatt, daß die Ordensbrüder aus Marianhill in Südafrika in Holland an der westfälischen Grenze ein Missionshaus mit Noviziat für Laienbrüder, sowie mit einem Gymnasium für ihre zukünftigen Geistlichen errichten.

---

*) Wallischei ist ein von ärmeren Leuten bewohnter alter Stadtteil Posens.

Die Ordensmissionare aus Marianhill sind uns gut bekannt, und sie haben seit dem Beginn ihrer afrikanischen Missionstätigkeit viel Wohlwollen von uns erfahren. Wir wünschen ihnen alles Gute. Sie haben einige Schwestern bei sich aus Westpreußen, Schlesien und gewiß auch aus Ermland.

Gegenwärtig müssen jedoch alle Gaben bis auf den letzten Groschen für die Pallottiner in Wadowice und Kochawino fließen, und ich bitte, daß dies allgemein unsere Entschließung für das Jahr 1911 ist.

Den Missionaren in Marianhill helfen die Katholiken aus Österreich, Deutschland und aus der Schweiz, überall da, wo Deutsche wohnen. Unseren Pallottinern läßt niemand Unterstützung zuteil werden, höchstens nur aus Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Ermland. Sogar aus dem Königreich Polen und aus dem, es sei wie es wolle, armen Galizien fließt nichts in ihre Kasse. Es genügt, das Gabenverzeichnis in der von ihnen herausgegebenen „Königin der Apostel" durchzulesen, um das zu erkennen.

Und doch müssen sie leben und sich aushelfen. Aus dem Grunde ist erforderlich, daß wir bei unseren Gaben an erster Stelle an die Pallottiner denken, wo unsere nächsten Bekannten und Mitparochianen eintreten, die in dieser Brüderschaft unseren eigenen zerstreuten Brüdern dienen sollen, wo sie sie nur finden.

Seitdem wir unsere Brüderschaft haben, müssen wir pflichtgemäß in erster Linie an sie denken.

Adresse: Geistlicher Majewski-Wadowice, Galizien.

Aus Nr. 295 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 29. Dezember 1910:

Eine polnische Kandidatur in Ermland.

Auf die Frage: Wer wird bei den neuen Wahlen in Ermland polnischer Kandidat sein, gibt die Gazeta Olsztynska nun folgende Antwort:

Wir können weder für einen Konservativen, noch für einen Liberalen stimmen, weil es Lutheraner sind, die unseren katholischen Glauben nicht verteidigen. Aber wir können auch nicht für Zentrumsleute stimmen, obwohl sie Katholiken sind. Können wir ihnen denn unsere Stimmen geben, wenn sie von uns nichts wissen wollen und uns, wo es nur geht, verdrängen: sie haben uns aus dem Kopernikus in Allenstein hinausgeworfen, wo wir keine polnischen Versammlungen abhalten dürfen, obwohl dieses Haus zum großen Teil durch die Opferwilligkeit des polnischen Volkes und durch den polnischen Geistlichen Dr. Schreiber erbaut worden ist. Vor kurzem noch ist zum großen Teil für polnisches Geld die Herz Jesuskirche in Allenstein erbaut worden, und als die Kirche fertig war, wurde nicht erlaubt, daß dort auch polnische Andachten und Predigten für die polnischen Parochianen abgehalten werden. Die Zentrumsleute verdeutschen uns, und unser katholisches Blatt verrufen sie sogar von der Kanzel herab als sozialdemokratisch, um auf diese Weise ihm eine Grube zu graben.

Kein polnischer Ermländer, der seine schöne polnische Sprache liebt, kann daher für einen Zentrumsmann stimmen. Wir haben von ihnen immer nur das verlangt, was uns nach den Geboten der Gerechtigkeit zusteht. Wenn sie also von uns nichts wissen wollen und uns bekämpfen, um die Gnade der preußischen Regierung nicht zu verlieren, so müssen wir Polen selbständig zu unserer eigenen Verteidigung auftreten.

Wir polnischen Ermländer können nur für einen Kandidaten stimmen, der uns liebt und unseren hl. Glauben sowie unsere Sprache verteidigt. Und ein solcher Kandidat ist weder ein ermländischer Zentrumsmann, noch ein Liberaler oder ein Konservativer: wir können nur für einen ermländischen Polen, für ein Kind des polnischen ermländischen Volkes stimmen.

Werden wir aber wackere Männer unter uns finden, für die wir stimmen können? Wir gedenken es doch noch alle, daß wir bei den früheren Wahlen fast immer polnische Kandidaten gehabt haben, die nicht aus dem polnischen ermländischen Volke stammten, darum haben wir auch nicht soviel Stimmen erhalten, als es sein müßten. Bei den letzten Wahlen erhielt unser Kandidat Herr v. Czarlinski 5380 Stimmen. Damals wollten wir unseren ehrwürdigen Herrn Propst Barczewski als Kandidaten aufstellen.

Leider ist es damals nicht gelungen. Sollte denn auch diesmal keiner unserer polnischen Geistlichen eine polnische Kandidatur annehmen? Landsleute, wir erwarten, daß es anders sein wird. Denken wir an die Losung, die Propst Barczewski in der Versammlung zu Dietrichswalde ausgesprochen hat: „Nur ein, ein Wunder gibt es — mit dem polnischen Geistlichen geht das polnische Volk!" Gedenken wir auch der Worte des Propstes Bilitewski, die er in der Versammlung des Wahlvereins ausgesprochen hat, **daß er als polnischer Geistlicher mit dem polnischen Volke arbeiten und leiden werde.** Diese ehrwürdigen Herren Pröpste sind erfahrene Männer, die unser ermländisches Volk lieben, sie sind von unserem Fleisch und Blut, das sind unsere Geistlichen, die mit uns arbeiten sowie unsere Muttersprache verteidigen wollen.

Wir ermländischen Polen haben nicht zu zögern: unser Kandidat muß einer der genannten Geistlichen und Landsleute sein. Wir wissen, daß unsere Geistlichen, wenn einer von ihnen die Kandidatur annehmen wird, einen schweren Standpunkt haben werden. Sie werden von unseren Feinden mit Vorwürfen und Sticheleien überschüttet werden. Wir wissen, daß sogar mancher deutscher Geistlicher sie scheel anblicken wird, und vor allen Dingen solche, die unsere Seelsorger sein sollen, aber kein Herz für uns haben. Wenn aber die genannten Geistlichen sich nicht gefürchtet haben, auf unseren Versammlungen zu sprechen, obwohl die Deutschen es nach allen Richtungen hinausposaunt haben, dann können wir überzeugt sein, daß sie sich jetzt auch dreist an die Spitze stellen und die Kandidatur des polnischen ermländischen Volkes annehmen werden.

Aus Nr. 154 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 31. Dezember 1910:

Propst Barczewski.

Welcher Sympathie und Liebe sich der bekannte und von den Polen allgemein geachtete Propst Barczewski unter den deutsch-katholischen ermländischen Geistlichen erfreut, beweist u. a. auch der Umstand, daß er gelegentlich des Todes und Begräbnisses des Domherrn Hirschberg insofern völlig übergangen worden ist, als man ihm keine besondere gedruckte Mitteilung zugeschickt hat, wie sie alle anderen Geistlichen bekommen haben. Die Ursache hierfür läßt sich ja leicht erraten. Wir sind überzeugt, daß Propst Barczewski alle derartigen und sogar noch schlimmere Unannehmlichkeiten im Interesse des Wohles des polnischen Volkes in Ermland geduldig ertragen wird. Das polnische Volk wird dagegen ihrem Priester und Patrioten um so größeres Vertrauen und um so größere Ehrerbietung entgegenbringen.

Aus Nr. 156 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 29. Dezember 1910:

Um den polnischen Vornamen.

Trotz zahlreicher Entscheidungen, welche das Oberverwaltungsgericht zu unseren Gunsten gefällt hat, finden sich immer noch Standesbeamte, welche bei Eintragung polnischer Namen verschiedene Schwierigkeiten bereiten. Wir lesen im Pielgrzym folgendes:

Als dem Herrn August Czyzewski aus Janowo im Kreise Marienwerder im August d. Js. ein Sohn geboren wurde und der Herr Lehrer, der gleichzeitig Standesbeamter ist, den Namen des Kindes Czeslaw eintragen sollte, lehnte er die Eintragung mit der Begründung ab, daß der Name zu sehr polnisch klinge und daß nach irgend einer Verfügung ihm die Eintragung polnischer Namen nicht erlaubt sei.

Die Vorstellungen des Herrn Czyzewski, daß dieser Name sich in jedem Kalender befinde und derselbe gar nicht so ausgeprägt polnisch sei, wie er annehme, haben nichts genutzt. Deshalb hat auch Herr Czyzewski das Protokoll nicht unterschrieben, sondern er begab sich zum Landratsamt mit der Beschwerde, den Lehrer über seine Pflichten zu belehren. Der Landrat wollte sich jedoch mit der Sache nicht befassen und verwies Herrn Czyzewski auf den gerichtlichen Weg. Nach einiger Zeit verwies das Gericht Herrn Czyzewski wieder zurück an den Landrat mit der Begründung, daß für diese Sache nur er zuständig sei.

Inzwischen ist die Zeit von acht Wochen, in welcher nach dem Gesetz das Protokoll bezüglich des Namens Czeslaw hätte unterschrieben sein müssen, verstrichen. Auf diesen Augenblick hat der Lehrer nur gewartet, um Herrn Czyzewski gerichtlich zur Änderung des Namens Czeslaw in einen anderen, nicht polnischen, zu zwingen. Das Amtsgericht in Marienwerder hat die Angelegenheit nochmals gründlich geprüft und entschieden, daß, wenn Herr Czyzewski den Beweis antreten werde, daß der Name Czeslaw ein üblicher und anständiger Name sei, ihm niemand Schwierigkeiten machen werde. Als Herr Czyzewski einen solchen Beweis und eine vom örtlichen Propst ausgestellte Bescheinigung eingeschickt hat, wurde der Standesbeamte schließlich gezwungen, den Namen Czeslaw in das Standesamtsregister einzutragen.

Aus Nr. 292 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 24. Dezember 1910:

Das Polentum in Pommern

breitet sich immer mehr aus, folglich schlagen die Hakatisten Alarm. Nach Mitteilungen deutscher Zeitungen vergeht keine Woche, in welcher nicht irgend ein größeres, seit uralten Zeiten in deutschem Besitz befindliches Gut in polnische Hände übergeht. Am heftigsten grassiert die polnische „Gier" im Kreise Bütow. Neuerdings berichtet man, daß eine gewisse polnische Institution aus Bruß, Kreis Konitz, in der Stadt Bütow aus deutscher Hand ein größeres Geschäft erworben hat, und daß am 1. April 1911 dort das erste polnische Warenhaus in der ganzen Gegend entstehen wird.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 1 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 1. Januar 1911:

Segne, Gott, diese polnische Erde!

Das alte Jahr ist in dem Abgrund der Ewigkeit verschwunden, und ein neues Jahr ist geboren. Nach allgemeinem Brauch bringen alle einander Wünsche zum neuen Jahre dar und denken darüber nach, was dieses neue Jahr bringen wird, dessen Geschichte mit einem dicken Leichentuch vor unseren Augen verhüllt ist.

Auch wir Polen entbieten uns Wünsche zu diesem neuen Jahre. Wir wünschen uns Glück und den Segen Gottes, denn wir bedürfen seiner am meisten.

Nicht auf Rosen ist das Leben der polnischen Nation gebettet. Auch das verflossene Jahr brachte uns nicht viel Glück, statt dessen aber viel Trauer, Bedrückung und manchmal Verzweiflung. Ein einziger Augenblick war sonnig, die großartige Grunwaldfeier in Krakau, ein so hellstrahlender Augenblick, wie wir sie in den letzten Jahren selten sahen. Es muß uns für eine lange Stärkung unserer Kräfte in dem schweren und hartnäckigen Kampfe um das Leben der Nation ausreichen.

Wir müssen nämlich einen schweren, einen ungleichen Kampf bestehen, weil wir schwach, unsere Gegner aber mächtig und stark sind, einen in jedem Teilgebiet anderen Kampf, weil wir in jedem Teilgebiet mit einer anderen Waffe kämpfen müssen. Aber trotz der Angriffe, trotz der Verfolgungen und Bedrückungen schrumpft unser Vaterland nicht zusammen, wir beweisen vielmehr täglich, daß wir eine lebendige Nation sind, daß wir leben wollen, weil wir uns dazu verpflichtet fühlen, unsere Scholle, unsere Sprache und die vaterländischen Gebräuche zu verteidigen, weil wir uns verpflichtet fühlen, die von den Vätern ererbten Schätze nicht nur zu verteidigen, sondern sie auch den kommenden Geschlechtern Polens zu überweisen.

Im preußischen Teilgebiet ist unsere nationale Existenz hart. Fortwährend schwebt das Damoklesschwert über unseren Häuptern. Die Ansiedelungskommission, eine in der Welt einzig dastehende Staatseinrichtung, welche die Existenz ihrer eigenen Bürger deshalb untergräbt, weil sie nicht die „Staats"-Sprache sprechen, weil sie ihre eigene besondere Nationalität haben, hat sich als zu schwach erwiesen, uns aus unseren vaterländischen Gefilden zu verdrängen. Es würde die Novelle zum Ansiedelungsgesetz geschmiedet, die nicht erlaubt, daß man nach Belieben ein Dach über seinem Haupt errichtet, aber auch dieses Mittel genügte nicht, uns zu unterdrücken; es würde das unsittlichste Gesetz in der Welt ersonnen und gegeben, das Enteignungsgesetz, welches die Preußen gegen uns gleichsam als Höllenmaschine anwenden.

Die Preußen haben sich indes getäuscht, wenn sie glauben, daß sie uns brechen und uns, wenn sie dabei auf unsere Leichtfertigkeit rechnen, von der väterlichen Scholle verdrängen werden. Sie kannten uns nicht. Von diesem Gebrechen sind wir schon bedeutend geheilt. Sie haben sich also in ihren Berechnungen geirrt, sogar Bismarck irrte sich, als er uns riet: Nehmt Geld und gebt das Land her. Nehmt Geld und geht nach Monako! Es gab weniger Landverschacherer, als es unseren Gegnern schien. Auch haben sie die Allgemeinheit des polnischen Bauernstandes nicht demokratisiert; seine Anhänglichkeit an den Boden überwand alle Ausnahmegesetze, und wir tragen einen Triumph über unsere Bedrücker davon.

Aber nicht nur die materielle Existenz unterbinden sie uns durch einen großen vom Staate organisierten Boykott, sondern sie vernichten auch unsere Kultur und wollen uns möglichst schnell in geistige Deutsche ummodeln. Dies sucht die Schule in großem Maßstabe zu vollbringen. Tausende von Mark werden alljährlich zur Unterstützung der Germanisierung mit Hilfe von deutschen Verbänden, Vereinen, Spielen, Theatern und Zeitungen verausgabt. Man will uns die polnische Seele nehmen, und diese müssen wir möglichst ausdauernd und dreist verteidigen, denn von dieser Seite

droht uns die größte Gefahr, die Gefahr der geistigen Germanisation, die in unseren materialistischen Zeiten desto größer ist.

Hart ist also unser Dasein. Nur durch allgemeine Eintracht können wir das Vaterland mit Erfolg verteidigen, und Du, o Gott, segne uns in diesem neuen Jahre!

Im russischen Teilgebiet beginnen die Wogen der Revolution zurückzuweichen, aber sie hinterlassen gefährliche Unreinlichkeiten und altes Gerümpel, welche die russischen Wogen in unser Land gebracht haben. Der Erbfeind Polens, der Moskowite, nimmt eine neue, die vierte Teilung Polens in Angriff. Das Chelmer Land, von dem Märtyrerblut der Uniten durchtränkt, dieses Land der heldenhaften Ringkämpfe des polnischen Bauern zur Verteidigung des Glaubens, dieses Land, in welchem seine Urväter gewohnt haben, soll in Bälde von dem Mutterlande losgerissen und dem eigentlichen Rußland als Beute der Popen und Tschinowniks preisgegeben werden.

Im österreichischen Teilgebiet, wo unsere Brüder ein wichtiger Staatsfaktor sind, wo wir viel nationale und bürgerliche Freiheiten besitzen, haben wir viele unbefriedigte Wünsche und Anliegen. Vor allem der Bundesgenosse des Preußen und Moskowiten, der Ruthene, will dort das von unseren Vätern errichtete Kulturwerk vernichten.

Im polnischen Lager aber fehlt es an Eintracht und Einigkeit. Die polnischen Parteien fechten unter sich einen heftigen Kampf, einen Kampf um materiellen Gewinn, um Ämter und Würden aus. Die jüdische Frage ist eine fortwährend offene Wunde sowohl in Galizien, als auch im russischen Teilgebiet.

Überall ist also unser nationales Dasein hart. Einen furchtbaren Kampf nach drei Fronten muß die polnische Nation bestehen, einen Kampf, der unsere Kräfte erschöpft, der die Herzen der Nation wegen der Zukunft beunruhigt.

Und diese hellere, heitere Zukunft wünschen wir der polnischen Nation, diese sonnige Zukunft erflehen wir von demjenigen Herrn, für den es keine Zeit gibt, weil er ewig ist.

Kräfte zur Arbeit, Ausdauer in unserem harten Kampfe verleihe uns, o Gott, im neuen Jahre! Segne, o Gott, diese polnische Erde und ihre unglücklichen Kinder!

Aus Nr. 2 des Kurjer Poznański (Posen) vom 3. Januar 1911:

Der Aufruf der Gazeta ludowa,

der nationalen, katholischen und demokratischen Tageszeitung, die in Kattowitz erscheinen soll, lautet wie folgt:

Liebe Landsleute!

In der polnischen Journalistik in unserm Schlesien sind in letzter Zeit große Änderungen vorgegangen. Die Volksblätter Polak und Kurjer Slonski sind vom Verlage des Katolik aufgekauft worden. Wir gehören nicht zu denen, die alles, was der Katolik tut, rücksichtslos bekämpfen oder verurteilen und für die positiven Seiten seiner Tätigkeit kein Verständnis haben. Andererseits sind wir jedoch dessen uns bewußt, daß überall, um so mehr in unseren schwierigen Verhältnissen eine einseitige politische Leitung gefährlich ist, die mit der Ansicht und dem Urteil der Landsleute von anderen politischen Überzeugungen nicht zu rechnen braucht. Eine einseitige politische Leitung, welche keine öffentliche, sachliche Kritik von seiten derer hört, welche abweichender Meinung sind, büßt die geistige Fühlung mit der Gesamtheit der Volksgemeinschaft ein und betreibt eine Politik, die nicht der Ausdruck der ganzen Volksgemeinschaft ist.

Solche politische Verhältnisse kann man gesunde nicht nennen. Wahren Fortschritt sehen wir nur da, wo ein freier, sachlicher, nicht behinderter Austausch der politischen Anschauungen, wo eine gegenseitige politische Kontrolle besteht. Zu diesem Zwecke gründen wir

eine selbständige Tageszeitung

unter dem Namen „Gazeta ludowa“,

die in den ersten Wochen des Jahres 1911 in Kattowitz zu erscheinen beginnen wird.

Wir haben gesagt, es handle sich uns darum, daß der politische Sinn des polnischen Volkes in Schlesien sich durch gegenseitige Kritik und politische Kontrolle in der Presse vertiefe. Wir fügten jedoch hinzu, es handle sich um eine rechtschaffene Kritik und um eine ehrliche Kontrolle. Wir waren manchmal Zeugen eines Kampfes und einer Polemik in unseren schlesischen Blättern, wodurch in Inhalt und Form unsrer nationalen Sache in Schlesien nicht nur kein Nutzen gebracht, sondern sie geradezu großen Verlusten ausgesetzt wurde. Wir bürgen Euch dafür, liebe Landsleute, daß wir zu solchen Mitteln niemals greifen werden. Wir werden vor allem alle persönlichen Angriffe vermeiden, denn es sollte doch in der öffentlichen Arbeit sich nicht um persönliche Zänkereien, sondern um die Sache, um den politischen Gedanken, um die nationale Sache, um den Wunsch, dieser nationalen Sache aufs beste zu dienen, handeln.

Das Wohl der nationalen Sache und das Wohl des polnischen katholischen Volkes, das ist unser Leitgedanke.

Wie wollen wir der nationalen und demokratischen Sache dienen?

Wir stehen und werden unter allen Umständen stehen auf dem Boden der nationalen Selbständigkeit.

In den schweren Kämpfen mit dem deutschen Element hat sich die nationalpolnische Bewegung in Schlesien seine Existenz, seine Ausbreitung, erkämpft. Gemeinsam mit der ganzen polnischen Volksgemeinschaft im preußischen Gebietsteil gehören wir einem polnisch-nationalen Lager an, entsenden wir Abgeordnete in die gemeinsame polnische Fraktion. Diese Grundlage wird das polnische Volk in Schlesien nicht mehr verlassen. Aber dieses Volk hat die Pflicht, sein Nationalbewußtsein, sein Gefühl des Verbundenseins mit dem Rest der Nation zu vertiefen und diejenigen nationalen Rechte, welche ihm gebühren, sowie die Stellung im Lande zu fordern, auf welche es ein Recht hat. In dieser Hinsicht warten große Aufgaben unser. Es bedarf großer und unausgesetzter Kollektivanstrengung, und zwar auf allen Gebieten unseres nationalen Lebens: sowohl auf politischem, als auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Zu diesen Anstrengungen sind wir alle in der Heimat und ebenso unsere Vertreter in Berlin verpflichtet In diesen Bestrebungen werden wir unverbrüchlich auf der Grundlage voller nationaler Selbständigkeit und tatsächlicher Unabhängigkeit von fremden Einflüssen stehen. Diesen Grundsatz gilt es nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der täglichen politischen Tätigkeit sowohl in der Heimat, als auch im Parlament zu bekennen.

Entgegenstellen werden wir uns entschieden jeder Politik der Täuschungen, welche das politische Denken der Volksgemeinschaft auf Irrwege leitet und die Volksgemeinschaft politisch dem Fall entgegenführt. Die größte Vorsicht werden wir gegenüber der sogenannten „positiven Arbeit“ in den Kammern walten lassen, da sie nur selten unserer Nation Nutzen bringen, uns dagegen oft in rein deutsche Angelegenheiten hineinzieht, als wäre die polnische Fraktion nicht

eine Vertreterschaft der ganzen polnischen Nation, sondern eine parlamentarische Partei, gleich den deutschen Parteien. Insoweit als jene sogenannte „positive Arbeit" de facto darauf abzielt, sich der Regierung und den Regierungsparteien unter Beleidigung unserer nationalen Würde und ohne irgendwelche nationale Vorteile aufzudrängen, werden wir sie entschieden bekämpfen.

Unsere Zukunft hängt vor allem von uns selbst ab, von unserer sittlichen und materiellen Kraft, von unserem Kraftgefühl und von unserem Glauben an die eigene Kraft. So werden wir denn auch, ohne uns nach fremder Hilfe umzusehen, auf die Kraft des polnischen Elements bauen und es auf dem Wege der nationalen Selbständigkeit und der Unabhängigkeit von fremden Einflüssen geleiten, damit seine nationale Stellung sich stärke und seine nationale Schöpferkraft sowie seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung wachse.

Die polnische Volksgemeinschaft ist eine katholische. Darum wird unser Blatt auch auf die katholischen Grundsätze gestützt sein und die Angelegenheiten und die Güter der römisch-katholischen Kirche gegen den Andrang der protestantischen Regierung und der der Kirche feindlichen Elemente, sei es der Protestanten oder der Juden, oder der Sozialisten verteidigen. In dieser Verteidigung des katholischen Glaubens werden wir einträchtig neben den Deutsch-Katholiken einherschreiten. Andererseits werden wir uns jedoch allen germanisatorischen Gelüsten im Schoße des deutsch-katholischen Elements entschieden entgegenstellen, denn die Germanisierung durch die Kirche läuft den katholischen, christlichen Grundsätzen zuwider und für unsere Volksgemeinschaft ist sie um so gefährlicher, als sie eben unter katholischem Deckmantel auftritt. Unsere Losung wird somit sein: Verteidigung des katholischen Glaubens, aber zugleich Kampf gegen die Germanisierung durch die Kirche.

Oben haben wir gesagt, daß unsre Zukunft von der moralischen und materiellen Kraft des polnischen Elements abhängt. Die Hauptgrundlage dieses Elements sind unsere Volksmassen.

Wenngleich das polnische Volk am öffentlichen Leben geringen Anteil genommen hat, so hat es längst die nationale Aufgabe erfüllt, indem es das Land oft mit seinem Blut und stets im Schweiß solcher Fundamente der nationalen Existenz, wie der Boden, die Sprache und die Tradition, verteidigt hat. Das Volk hat das oft unbewußt getan, das Gefühl war hier sein Ansporn. Heut schwingt sich dieses Volk zum Leben auf, es wird in nationaler Hinsicht bewußt, es erringt Bildung und heischt seine nationalen Gerechtsame. Die Zukunft der polnischen Nation hängt vom Volke, sowie von seiner moralischen und leiblichen Gesundheit ab. Es handelt sich also darum, unserm Volke zu einer schnelleren sozialen Entwickelung, zur Erringung der bürgerlichen Gleichberechtigung zusammen mit den übrigen Schichten der Volksgemeinschaft zu verhelfen. Darum wird es unser Grundsatz sein, die Angelegenheiten des polnischen Volkes zu hüten und zu bewachen. Sollte im politischen und sozialen Leben ein Widerstreit der Bestrebungen zwischen den einzelnen Schichten der Volksgemeinschaft vorkommen, dann werden wir uns von der Rücksicht auf das Wohl des Volkes leiten lassen.

Das Wohl der Nation, das Wohl des polnisch-katholischen Volkes, — das ist, wie wir sagten, unser Leitgedanke.

Landsleute! Die Lage der Polen im preußischen Gebietsteil ist sehr schwer. Unsere Gegner schmieden wider uns Ausnahmegesetze, sie streben mit allen Mitteln danach, uns unsre Muttersprache, unsere Nationalität zu entreißen, mit einem Worte, sie wollen uns zu Grunde richten.

In dem Wunsche, der nationalen Sache zu dienen und das polnische Volk gegen politische und wirtschaftliche Ausbeutung zu verteidigen, bitten wir die Landsleute, um die Unterstützung unserer Bestrebungen. Unser Blatt kann man vom 15. Januar 1911 ab auf der Post bestellen. Das Vierteljahresabonnement wird ohne Bestellgeld 1,95 M. betragen. Für die Monate Februar und März 1 M. nebst Bestellgeld. Das Verzeichnis unserer Agenten werden wir in der Prospektnummer veröffentlichen. Die einstweilige Adresse unseres Verlages ist: Eduard Rybarz, Kattowitz, Beatestr. 16. Unter dieser Adresse bitten wir, sich schriftlich oder persönlich am Nachmittage in den Stunden von 1—3 Uhr zu melden.

Im Namen der Gründer!

Dr. Felix Biały. Dr. Wlodzimierz Krzyzankiewicz. Cyrill Ratajski. Dr. Josef Rostek. Eduard Rybarz. Dr. Siegmund Seyda.

Im Auftrage der Versammlung der Vertrauensmänner.

Blußer, Johann. Broda, Julius. Chlebek, Johann. Cialon, Anton. Hanus, Franz. Jablonka, Anton, Jadamiec, Andreas. Jarosz, Ludwig. Koczuba, Johann. Kopec, Theodor. Kopietz, Robert. Kopietz, Franz. Lupa, Viktor. Lupa, Wilhelm. Majowski, Alois. Malcherek, Josef. Manowski, Anton. Masny, Johann. Mocko, Josef. Moron, Theodor. Ochmann, Peter. Rygula, Paul. Szega, Richard. Szmajduch, Franz. Sidelko, Franz. Szyler Josef. Trzcionka, Johann. Tylla, Josef. Węgierek, Franz. Wieczorek, Johann. Zielirski, Anton.

Aus Nr. 3 des Postęp (Posen) vom 4. Januar 1911:

„Der Friede in Schlesien."

So schrieben vor etwa zwei Monaten polnische und deutsche Zeitungen. Die außerhalb der versöhnungsparteilichen Richtung stehende polnische Presse nahm diese Nachricht gleichgültig und mit Zweifel auf. Einige unserer Zeitungen nannten diesen Frieden direkt einen materiellen und moralischen Bankerott. Der Verkäufer hat dieses verneint.

Zur Charakterisierung oder Befestigung jenes „Friedens" in Schlesien zwischen den extremsten und rücksichtslosesten persönlichen Gegnern und um ihm den Schein eines allgemein-nationalen Aktes zu geben, hat man eine selten gebrauchte List angewandt. Man lud alle bezahlten und rechtdenkenden Agenten der Zeitungen der Genossenschaft des Katolik und des Polak nach Kattowitz ein und machte sie sämtlich zu „Vertrauensmännern". Und trotzdem diese Leute weder ein Recht noch die Pflicht hatten, im Namen der Allgemeinheit zu sprechen und abzustimmen, hat man ihnen Wurst und Bier gegeben und ihnen diese Rechte eingeredet. Ohne Berechtigung die Bürgerrechte benutzend und durch die Veranstalter des „Friedens" aufgestachelt, haben die Kolporteure gesprochen und abgestimmt, wie man es ihnen befohlen hatte. Um einen solchen öffentlichen Akt ging es ja dem Verkäufer. Daher hat er ihn auch zu solchen Dimensionen auseinandergeblasen, daß sogar die Analphabeten anfingen, ihm nicht zu glauben. Den Verkauf des Polak und des Kurjer Slonski der Genossenschaft des Katolik nannte er einen wichtigen, ja noch nicht dagewesenen Akt. Er schimpfte auf alle Opponnenten und deckte sich mit der Meinung der Geistlichen Rassek und Feja und anderen Haka-

tisten. Er schrie aus vollem Halse, daß den Frieden in Schlesien nicht er, sondern das Volk wünsche. Er schwur öffentlich, daß der Käufer ihm völlige Freiheit des Handelns gelassen habe und daß seine Zeitungen nicht einmal in materieller Hinsicht von der Genossenschaft des Katolik in Bentschen abhängig sein werden.

Indes sind seit dem notariellen Verkauf des Polak und des Kurjer Slonski kaum ganze zwei Monate, und seit jenem öffentlichen Frieden der Vertrauensmänner kaum dreißig Tage verflossen, und schon girrt man hier über die Gründung eines unabhängigen Blattes in Schlesien. Es ist schon sogar soweit gekommen, daß eine Anzahl Arbeiter mehrere Intelligenten zwecks gemeinsamer Besprechung eingeladen und beschlossen hat, den Forderungen der Unzufriedenen zu genügen und schon in allernächster Zeit eine vom Katolik unabhängige Zeitung herauszugeben. Es erschien auch ein Flugblatt unter dem Titel „Die Abwehr Korfantys", welches die nachteiligen Seiten des „Friedens" in Schlesien besprach. Das Blatt wird vom Volke trotz der Proteste und Drohungen des Führers der verkauften Blätter eifrig gekauft.

Diese Äußerungen des Unfriedens sind den „Friedensveranstaltern" sehr ungelegen. Sie tun alles, damit ihre Leser nur nicht die ihnen unbequemen Sachen erfahren. Sie warnen die Agenten mit verschiedenen „vertraulichen" und „sehr vertraulichen" Rundschreiben und beschwören sie bei Gott und der Ehre des Polen, jenes Flugblatt, wie überhaupt eine andere polnische Zeitung nicht zu vertreiben. Trotz alledem ist das Volk über alles unterrichtet, und die Empörung wird immer offensichtlicher.

Die Frechheit und Unzufriedenheit dieses kritiklosen Volkes — das ist die Meinung der Führer — hat die Herausgeber der polnischen Zeitungen in Oberschlesien dazu geführt, die Agenten („Vertrauensmänner") zu terrorisieren. Nach dem Erscheinen der vom Kurjer Poznanski gebrachten Notiz, daß am zweiten Weihnachtsfeiertag in Kattowitz eine kleine Versammlung stattgefunden habe, in welcher man beschloß, eine unabhängige Zeitung herauszugeben, reiste der offizielle Vertreter des Gornoslonzak und des Polak Herr T. K. aus Kattowitz in die Provinz, um von den Agenten den Schwur abzunehmen, daß sie keine anderen polnischen Zeitungen halten werden und vor allen Dingen diese neue Zeitung nicht, die in Kürze erscheinen soll. Zum Glück traf er auf solche, die ihn verrieten. Es ist nämlich gut zu wissen, mit welchen Waffen unsere politischen Gegner kämpfen.

Die Herausgabe der verschiedenen „vertraulichen" und „sehr vertraulichen" Rundschreiben und das Erzwingen des Schwurs von den Kolporteuren ist wohl ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß dieser ganze erwünschte und angepriesene Frieden — ein künstlicher war. Einen solchen Frieden wollte das Volk nicht haben, obwohl die Schöpfer dieses Friedens in der Versammlung die opponierenden Agenten überzeugt haben, so haben sie damit noch lange nicht das Volk überzeugt. — Sie haben die „Vertrauensmänner" mit Wurst und Bier überzeugt — das Volk läßt sich durch solche Argumente nicht überzeugen. Ihm muß man schon mehr geben — denn anders bleiben die Schöpfer des Friedens Offiziere ohne Soldaten. Da helfen keine geheimen Rundschreiben und keine Schwüre der Kolporteure.

Die Tatsache selbst, zu welchen Kampfesmitteln die Friedensfreunde gegriffen haben, ist widerlich. Sie bezeichnet nicht den Charakter eines Polen, um so weniger den von polnischen Herausgebern. Die Tatsache erscheint in einem um so schmutzigeren Lichte, weil die Agenten der polnischen Zeitungen in Schlesien in Hütten und Bergwerken abgearbeitete, zum Teil invalide — oder solche Leute sind, die von den hochmütigen deutschen hakatistischen Kapitalisten aus der Arbeit entlassen worden sind. Solche Mittel gebraucht nicht die preußische Regierung gegen ihre Beamten. Denn einen wehrlosen Arbeiter dazu zwingen, sich für diese paar Groschen, die er für das Austragen der Zeitung erhält, zu verkaufen, das ist eine Kampfesart, die in Europa gegenwärtig nirgends mehr praktiziert wird. Und doch verfahren so in Schlesien diejenigen, die Bedrückten Hilfe zugesagt haben. Sie selbst wenden den Terror und die Bedrückung an: verlangen von ihren Untergebenen rücksichtslosen Gehorsam und anderen wollen sie Freiheit geben! Außerdem nennen sie denjenigen, der ihre Zeitungen nicht liest, einen Verräter der nationalen Sache. Wie man dies alles vereinigen und verstehen soll, das könnte selbst Salomo nicht verraten. jb.

Aus Nr. 2 des Głos Śląski (Gleiwitz) vom 5. Januar 1911:

Das Verhältnis der polnischen nationalen Bewegung zu den schlesischen Zentrumsleuten.

Nach allem, was man liest, hört und sieht, unterliegt es keinem Zweifel, daß die schlesischen Zentrumsleute auch weiterhin die polnische nationale Bewegung wütend bekämpfen werden. Das sieht man an den Artikeln der Zentrumsblätter, an der vor den Wahlen sich vollziehenden Arbeit und Agitation. Vor allem den aufgeklärten Teil des Volkes, der sich um die Fahne der bürgerlichen und politischen Selbständigkeit schart, nennen sie in ihren Organen ständig „Radikale", die sie, wie sie selbst ankündigen, bis zum äußersten bekämpfen werden.

Das Verhältnis der polnischen Zentrumsleute zur polnischen nationalen Bewegung wird in hohem Grade davon abhängig, wie sich das Verhältnis der preußischen Regierung zur Zentrumspartei gestalten wird. Je besser das Verhältnis der Regierung zur Zentrumspartei sein wird, desto schlimmer wird das Verhältnis der Zentrumsleute zur polnischen nationalen Bewegung sein. Es gab noch vor kurzem Zeiten, nämlich die Zeiten des Bülowschen Blocks, wo sich die Zentrumspartei in einer Opposition gegen die Regierung befand, und damals war naturgemäß das Verhältnis des Zentrums zu den Polen enger, weil sich die eine, wie die andere Seite in einer Opposition gegen die Regierung befand.

Heute ist der Block zusammengebrochen. Das Zentrum samt den Konservativen und Regierungsfreunden sind die herrschenden Regierungsparteien, auf die der Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, vor allem seine Politik zu stützen beabsichtigt. Und wiederum muß naturgemäß das Verhältnis der Polen zum Zentrum schlechter sein, weil sich das Zentrum der Polen wegen sein gutes Verhältnis zur Regierung nicht verderben wird.

Das Zentrum wird Regierungspartei. Die Polen sind Oppositionspartei.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch das Verhältnis des schlesischen Zentrums zur polnischen nationalen Bewegung zu beurteilen.

Außerdem waren die schlesischen Zentrumsleute, ob die Zeiten so oder so waren, mit sehr wenigen Ausnahmen mehr oder weniger Germanisatoren der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien, Westpreußen, im Ermland, in der Fremde und selbst in den Grenzmarken des Großherzogtums Posen, überhaupt überall, wo sie nur irgendwelche Einflüsse hatten und wo sie mit dem polnischen Volke in Berührung kamen.

Von der großen Menge Zentrumsblätter war einzig und allein die „Köln. Volksztg." der polnischen Sache wirklich wohlgesinnt. Aber in letzter Zeit bemerkt man auch an diesem Zentrumsorgan eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung, sich zugunsten der Polen nicht allzusehr zu engagieren.

Im Ermland wird binnen kurzem eine Reichstagsersatzwahl stattfinden. Die Polen wollen ihren nationalen Kandidaten aufstellen. Das ist doch wohl etwas ganz natürliches. Den Zentrumsleuten gefällt dies nicht, und die „Germania" erteilte in einer ihrer letzten Nummern den Polen Lehren, wie sie sich verhalten und daß sie tatsächlich für den Zentrumskandidaten stimmen sollen. Die Polen werden sich ohne die Belehrung der „Germania" begehen, und sie werden und müssen sich so stellen, wie es unser nationales Interesse erfordert und nicht, wie es die Zentrumspolitik verlangt.

Wenn die Verhältnisse schon heut so liegen, werden sie sich in dem Maße der Annäherung der Reichstagswahlen immer mehr verschlechtern, und die Zentrumsleute werden besonders bei uns in Schlesien die polnisch-nationale Bewegung bekämpfen.

In anbetracht dessen bedarf es in den Massen des polnischen Volkes einer Stärkung und Vertiefung der bürgerlichen und politischen Selbständigkeit nicht nur mit Rücksicht auf die preußische Regierung und die Hakatisten, sondern auch mit Rücksicht auf das Zentrum. Wer diese Selbständigkeit zu unterdrücken, zu erdrosseln und zu knebeln sucht, tut nicht gut, denn die bürgerliche und politische Selbständigkeit ist, wie wir schon gesagt haben, die unerläßliche Bedingung einer Vertiefung der nationalen Aufklärung und des nationalen Gefühls.

Die Katolik-Blätter als Organe der persönlichen Elemente verwirren durch ihre schwulstig angepriesene „Versöhnung" diese Begriffe, und sie schmähen, anstatt ihren Blick auf die Seite der wirklichen Gefahr zu lenken, diejenigen, welche diese „Versöhnung" anders beurteilen und in ihr mit vollem Recht eine Unterdrückung der politischen und bürgerlichen Selbständigkeit erblicken, „Störenfriede", „Verräter der polnischen katholischen Sache", „Handlanger der Sozialdemokraten" usw.

Dies sind Gemeinplätze und nichts weiter, und erfahrene und aufgeklärte Leute lachen darüber. Die Fabrikation von „Verrätern der Nation" und „Handlangern der Sozialdemokraten" sollte in unserer polnischen Presse aufhören. Die Hakatisten und Zentrumsleute nennen den aufgeklärten Teil des Volks Radikale, die Katolik-Blätter aber tauften ihn „Verräter der Nation" und „Handlanger der Sozialdemokraten".

Hier handelt es sich indes nicht um „Verräter der Nation", denn solche gibt es nicht, auch nicht um „Handlanger der Sozialdemokraten", denn auch diese gibt es nicht, sondern darum, daß der aufgeklärte Teil unserer Bevölkerung die „Versöhnung" von einem andern Gesichtspunkt aus betrachtet und sich um die Fahne der bürgerlichen und politischen Selbständigkeit scharen will, nicht etwa um die Nation zu „verraten", um den Sozialdemokraten zu helfen, sondern zur Verteidigung unserer bedrohten nationalen Existenz.

Mögen die Katolik-Blätter durch ihre „Versöhnung" diese Selbständigkeit nicht unterdrücken, denn dies ist nicht gut und nicht klug.

Aus Nr. 3 des Kurjer Śląski (Zabrze) vom 4. Januar 1911:

Die Zentrumshetze gegen die Königin der Krone Polens oder der Zentrumshakatismus.

Die polnische Versöhnung in Schlesien gefiel den Herren Zentrumsleuten von vornhinein nicht. Zuerst drückten sie ihre Unzufriedenheit halblaut aus, dann drohten sie in der „Schles. Volksztg." dem Abgeordneten Napieralski, um jetzt zum offenen Angriff auf das polnische Lager, auf das polnische Volk und auf alles, was diesem Volke teuer und heilig ist, überzugehen, um ganz frei und offen die hakatistische Fahne im Zentrumslager zu hissen. Das Hauptorgan des schlesischen Zentrums, die „Schles. Volksztg.", hat schließlich wiederum die Maske vom Gesicht gerissen und in seiner ganzen Nacktheit in der Neujahrsnummer seine hakatistische Seele geoffenbart. Es greift uns wegen des verstorbenen Ballestrem an, worüber wir an anderer Stelle schreiben. Es gefallen ihm nicht die Zuschriften des Volkes an unsere Blätter, in denen sich das Volk über die stiefmütterliche Behandlung des polnischen Kirchengesangs beklagt; und es wettert gegen unser Blatt, gegen die Radikalen, gegen die Abgeordneten Korfanty und Napieralski, gegen die Jünger Korfantys, und es schreibt ironisch von dem „musterhaften" Katholizismus der Radikalpolen, d. h. es macht unseren Lesern den Vorwurf, sie seien deshalb keine guten Katholiken, weil sie den polnischen Kirchengesang verteidigen.

In eine so große Wut wurden die Zentrumsleute durch die Zuschriften über den Kirchengesang in Schomberg und Antonienhütte versetzt, und unseren Anhängern in Siemianowitz wird als Verbrechen angerechnet, weil sie gefordert haben, der Kirchenvorstand solle zum Zwecke des Baus einer neuen Kirche auch polnische Vorstellungen veranstalten, wenn er solche deutsche Vorstellungen veranstalte und dadurch das polnische Volk germanisiere.

Siemianowitz-Laurahütte ist eine polnische Parochie. Wenn also der Kirchenvorstand deutsche Vorstellungen veranstaltet, so reizt er dadurch die nationalen Empfindungen der polnischen Parochianen, trägt zur Germanisierung der polnischen Bevölkerung bei. Unsere Glaubensgenossen forderten nur Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, wenn sie um polnische Vorstellungen baten. Und diese ganz berechtigte Forderung nennen die Zentrumsleute polnische Frechheit. Das ist doch ein Hakatismus reinsten Wassers, zu dem ihr euch bekennt, ihr Herren Zentrumsleute, und als Hakatisten müssen wir euch dafür bekämpfen.

Am Schluß des Artikels macht die Schles. Volksztg. folgende Bemerkung:

„Solche Blüten treibt es, wenn man Pan Korfanty die Zügel schießen läßt. Trotz der Fusion und Versöhnung scheint er wieder freie Fahrt zu haben."

In demselben Artikel lobt das Zentrumsblatt die deutschen Ritter, die Mönche, welche die Polen und das Polentum in Mittel- und Niederschlesien ausgerottet haben, und die Germanisierung Schlesiens nennt es ein großes Kulturwerk der Diener der Kirche und der mittelalterlichen Ritter. Nicht ein Kulturwerk, sondern eine Barbarei, nicht ein Werk des Christentums, sondern eine Rücksichtslosigkeit des Kreuzrittertums war die Ausrottung der Polen in Mittelschlesien, und ein Blatt, welches seinen Katholizismus so unterstreicht, wie die Schles. Volksztg., sollte sich schämen, hakatistische Grundsätze zu predigen.

Die schändlichste, die nichtswürdigste Tat eines katholischen Blattes hat sich die angeblich erzkatholische Schles. Volksztg. dadurch zu Schulden kommen lassen,

daß sie gegen Czenstochau Sturm läuft und der „Königin der Krone Polens" den Krieg erklärt.

Der berüchtigte Hakatist Pfarrer Rassek, der bisher den Absurd seines erhitzten hakatistischen Gehirns in der katholikenfeindlichen und hakatistischen Schlesischen Zeitung verzapfte, hat jetzt in den Augen der Schles. Volksztg. Gnade gefunden, obgleich ihn dieses Blatt vor nicht allzulanger Zeit noch als Nichtzentrumsmann verurteilt hatte. Aber gefunden haben sich die brüderlichen Seelen, die der Haß gegen das Polentum verknüpft. Die Schles. Volksztg. bringt den gegen Czenstochau gerichteten Artikel des Pfarrers Rassek, sie veröffentlicht ihn ohne Kommentar als den ihrigen, und wenn unter dem Artikel nicht die Unterschrift des hakatistischen Pfarrers Rassek prangte, würde jedermann glauben, daß ihn ein Sozialdemokrat oder irgendein ungläubiger Rädelsführer der Hakatisten geschrieben hat.

Infolge der traurigen und schmerzlichen Vorfälle in Czenstochau fordert Pfarrer Rassek mit den Zentrumsleuten alle oberschlesischen Geistlichen auf, sie sollten — reden wir offen — bei dem Volke das Czenstochauer Kloster verunglimpfen, das Volk dazu bewegen, keine Pilgerfahrten nach Czenstochau zu veranstalten, sondern nach dem St. Annaberge und nach Deutsch-Piekar zu pilgern. Er fordert die Geistlichen auf, den nach Czenstochau ziehenden Pilgerzügen keinen Segen zu erteilen, vor ihnen die Kirche zu verschließen, die Heimkehrenden nicht zu begrüßen und besonders die Führer und Vorsänger dahin zu beeinflussen, daß sie das Volk nach Czenstochau nicht führen sollen. In Czenstochau unterliege nämlich das Volk polnischen Einflüssen, was die Zentrumsleute für ein großes Verbrechen halten, und sie brandmarken unsere Blätter, daß sie die Pilgerfahrten des polnischen Volkes nach Galizien und nach dem Königreich Polen unterstützen.

Wen bekämpfen also die schlesischen Zentrumsleute?

Diejenige, welche unsere Väter als „Königin der polnischen Krone" verehrten, welche auch heute noch wir mit der ganzen polnischen Nation als Mutter Polens verehren. Die Zentrumsleute führen Krieg mit der jedem polnischen Herzen heiligen Stätte, wo die Könige und Helden unserer Nation gebetet haben, sie bekämpfen die heilige Stätte, wo die polnische Nation in schweren Zeiten stets Trost und Stärkung der Kräfte gesucht und gefunden hat, die Stätte, von der so viel göttliche Gnaden auf uns herabgeflossen sind und herabfließen, wo unsere Nation so oft wiedergeboren wurde und neues Leben schöpfte.

Dies wird das polnische Volk den Herren Zentrumsleuten nicht vergessen, sondern tief in sein Herz eingraben und zu passender Zeit mit ihnen abrechnen. Die ärgsten Hakatisten sind über unsere Heiligtümer nicht so hergefallen, wie die hakatistischen Zentrumsleute, die sich als die besten Katholiken ausgeben, uns Polen aber den Katholizismus absprechen, so oft wir nicht nach ihrem politischen Kommando tanzen wollen.

Gegen die Zentrumshakatisten werden wir auf Tod und Leben kämpfen, und unser der Königin der polnischen Krone treues Volk rufen wir auf die Schanzen zur Verteidigung unserer teuersten Schätze.

Aus Nr. 3 des Kurjer Śląski (Zabrze) vom 4. Januar 1910:

Graf Ballestrem, die Zentrumsblätter und unsere Zeitungen.

Anläßlich des Todes des verstorbenen Grafen Ballestrem brachten alle Blätter, sowohl die polnischen als auch die deutschen, ausführliche Nachrufe. Die ausführlichsten Nachrufe brachten natürlich die Zentrumsblätter, denn es handelte sich doch um einen Führer der Zentrumspartei. Der verstorbene Graf Ballestrem spielte eine große politische Rolle, und der Beruf des Politikers brachte ihm viele Ehren und Würden ein. Der Verstorbene spielte auch eine wichtige Rolle in dem Verhältnis zu der nationalen Bewegung in Schlesien und zu unserem polnischen Volke, für welches er lange Jahre hindurch nicht nur Abgeordneter, sondern auch bis zu seinem Lebensende Arbeitgeber war.

Aus journalistischer Pflicht brachten wir einen kleinen Artikel, in welchem wir ganz unparteiisch den Verstorbenen als Politiker, als Reichstagspräsidenten und als Arbeitgeber beurteilten.

Dieser unser Artikel mißfällt sehr den Herren vom Zentrum, insbesondere dem Hauptorgan des schlesischen Zentrums, der Schlesischen Volkszeitung. Zweimal greift uns dieses Blatt an und behauptet, daß wir über den verstorbenen Ballestrem einen so nichtswürdigen Artikel geschrieben hätten, daß sie ihn nicht einmal wiedergeben könne. In der Neujahrsnummer bringt sie wiederum in dieser Angelegenheit einen gegen uns gerichteten und angeblich von einem Zentrumsgeistlichen eingesandten Artikel. Die Schlesische Volkszeitung nennt unser Urteil über Ballestrem ungerecht und behauptet, es sei eine Schande, daß katholische Blätter einen solchen Artikel gebracht haben. Die Zentrumsleute bieten nach Meinung der Schlesischen Volkszeitung alle Kräfte auf, um den Polen in nationaler Beziehung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Und dafür verunglimpften die polnischen Blätter, sogar die gemäßigten Zeitungen Napieralskis das Andenken eines Zentrumsführers. — So ungefähr wendet sich das schlesische Zentrumsorgan gegen uns.

Was haben wir geschrieben?

Wir schrieben, Graf Ballestrem sei ein tüchtiger Reichstagspräsident, aber kein großer Parlamentsredner gewesen, was die Zentrumsleute selbst zugeben, wir schrieben, er habe es verstanden, die Rechte des Reichstages gegen die Anmaßungen des Ministers zu verteidigen, aber er sei dem Kaiser unterwürfig gewesen. Ein Freund der Polen sei er nicht gewesen, und als Arbeitgeber ein solcher, wie wir in Schlesien viele haben. Ist dieses unparteiische und gerechte Urteil eine Verunglimpfung des Andenkens eines Verstorbenen?

Die Zentrumsleute haben in dem Verstorbenen eine Säule ihrer Partei verloren, und es ist kein Wunder, wenn Zentrumsblätter, besonders diejenigen, die von dem Verstorbenen, wie die Schles. Volksztg., Beihilfen erhielten, einige Tage hindurch das Andenken des Verstorbenen priesen. Wir sind doch aber keine Zentrumsleute, sondern polnische Blätter, und es ist unsere Pflicht, die polnische und völkische Sache zu verteidigen und die Wahrheit zu schreiben, ohne Rücksicht darauf, ob dies den Zentrumsleuten gefällt oder nicht. Und wir werden dies stets tun, trotz der geschmacklosen Angriffe der Zentrumsleute auf die Abgeordneten Napieralski und Korfanty. Es wäre besser, wenn sich die Zentrumsleute auf uns nicht so verbosen würden, denn wir könnten die Germanisation noch besser beleuchten, die der verstorbene Ballestrem in Ruda förderte, wie z. B. die germanisatorischen Bibliotheken usw., und dies würde ihnen eine noch größere Unannehmlichkeit bereiten.

Aus Nr. 1 der Praca (Posen) vom 1. Januar 1911:

Die Tschechen im Kreise Ratibor.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der bekannte Krakauer politische Schriftsteller J. K. Mackowski im

Swiat Slowianski (Die slawische Welt) einen ausgezeichneten Artikel, in welchem er die Tschechen aufmerksam macht auf den beinahe 100 000 Seelen zählenden Teil der tschechischen Nation, der die Kreise Ratibor und Leobschütz an der Grenze Mährens bewohnt.

Während die Tschechen in Österreich-Schlesien, namentlich in der Teschener Gegend, mit dem polnischen Element heftige Kämpfe um die Seele des in nationaler Beziehung noch nicht gebührend aufgeklärten polnischen Arbeiters führen, den sie durch Terrorismus und Hinterlist auf ihre Seite zu ziehen suchen, indem sie ihm die tschechische Nationalität einimpfen, leben einige Meilen nordwestlich unter dem preußischen Zepter nahezu 100 000 Tschechen (Mähren), um deren Schicksal sich in Tschechien niemand kümmert. Sie sind der Germanisation vollständig preisgegeben.

Es könnte scheinen, daß sie natürliche Bundesgenossen der Polen sein müßten. Die Wirklichkeit lehrt indes etwas ganz anderes. Die germanisatorischen Geistlichen im Kreise Ratibor haben nämlich für die Herausgabe des Blattes „Noviny Katolicke" gesorgt, welches, von dem Geistlichen Stanke im preußen-freundlichen Geiste redigiert, gegen die polnische Bewegung in Schlesien Haß sät und die Mähren den Polen vollständig abspenstig macht. Da aber von polnischer Seite alle Versuche, auf die Mähren in der Richtung der slawischen Solidarität einzuwirken, unterlassen wurden und von tschechischer Seite in dieser Beziehung gleichfalls nichts geschieht, so sind die oberschlesischen Mähren der Germanisation preisgegeben, die denn auch in ihren Reihen schreckliche Verwüstungen anrichtet. Der Verfasser sieht mit Recht voraus, daß sie sich in wenigen Jahrzehnten in Deutsche verwandeln und von der Bildfläche Oberschlesiens vollständig verschwinden werden, wenn sich ihrer niemand annehmen wird.

Er richtet daher an die Tschechen die Aufforderung, sie sollten lieber diese ihre Brüder im Kreise Ratibor vor dem unvermeidlichen Untergang erretten, anstatt Raubzüge auf die polnischen Seelen in Österreich-Schlesien zu unternehmen.

Die slawische Sache würde — schreibt der Verfasser — dadurch einen doppelten Gewinn erzielen. Zunächst würde in der Teschener Gegend dieser schmerzliche, äußerst unangenehme tschechisch-polnische Kampf aufhören, beide Seiten könnten sich einträchtig mit größerer Tatkraft und mit größerem Erfolg gegen das sie in gleicher Weise bedrückende deutsche Element wenden und schließlich in diesem Landesteil das dem slawischen Element gebührende Übergewicht erkämpfen. Dann würde dadurch der 100 000 Seelen betragende Teil der tschechischen Nation vor dem Untergang gerettet und eine der wenigen national-territorialen Brücken erhalten werden, die Polen mit Tschechien unmittelbar verbinden. Denn wenn diese Brücke einstürzen, wenn der diese Brücke bildende Teil der tschechischen Nation der Germanisation unterliegen wird, dann wird die längs des Riesengebirges und der Sudeten sich hinziehende, die tschechische und polnische Nation trennende Linie der deutschen Ansiedelungen sich noch mehr verlängern und die territoriale Berührungslinie des nur engen Gürtels zwischen Teschen und Mähren sich verringern. Es ist aber bekannt, eine wie wichtige Rolle in dem Leben stammverwandter Nationen, die um das Recht auf das Leben, um beinahe gemeinsame Ziele kämpfen, auch eine unmittelbare territoriale Berührung spielt.

Und welch ein Triumph, schreibt der Verfasser weiter, wäre es dann für die tschechische Nation, wenn ihr Vertreter als Abgeordneter sogar — — — in den deutschen Reichstag hineinkäme, wenn dieser dort, in der Hauptstadt des Erbfeindes, ein Zeugnis der Lebenskraft des tschechischen Elements sogar innerhalb der Grenzen des Hohenzollern-Staats ablegen würde! Und ein solcher Erfolg wäre vollständig möglich, denn die Polen im Kreise Ratibor würden den tschechischen Reichstagskandidaten unterstützen.

Es ist klar — schreibt der Verfasser zum Schluß —, daß die Aufgabe, diese Tschechen im „preußischen" Schlesien zu retten, bedeutend schwieriger wäre, als der Raubzug gegen das polnische Volk in der Teschener Gegend. Durch materielle Übermacht und durch materielle Gelüste läßt sich dort nichts ausrichten und erreichen. Sogar die Entsendung tschechischer Agitatoren von österreichischer Seite ist völlig ausgeschlossen, weil sie die preußische Regierung sofort ausweisen würde. Indes fehlt es an anderen Agitationsmitteln keineswegs. Die dortige Geistlichkeit empfängt die Weihen aus den Händen der Olmützer Bischöfe und im Olmützer Priesterseminar. Es ist geradezu erstaunlich, daß bisher keiner dieser „mährischen" Söhne auf preußischer Seite nicht nur nicht das tschechische Nationalgefühl, sondern nicht einmal eine korrekte Kenntnis der tschechischen Sprache von dort mitgebracht hat! Wäre es denn nicht möglich, wenigstens einige Söhne dieses tschechischen Volkes in den Kreisen Ratibor und Leobschütz in Tschechien zu Tschechen, zu tschechischen Nationalen zu erziehen und sie in geistiger Hinsicht zur nationalen Arbeit unter ihren Landsleuten auf preußischer Seite auszurüsten? Wäre es nicht möglich, dort ein tschechisches Blatt ins Leben zu rufen, welches nationale Aufklärung verbreiten würde? Dazu wären nur guter Wille, Ausdauer und gewisse materielle Opfer nötig. Aber das tschechische Volk ist doch durch seine Ausdauer und Opferwilligkeit zu nationalen Zwecken berühmt.

Wie kann heut, wo alle Nationen alle ihre Kräfte aufbieten, um ihre von fremden Volksstämmen eingeschlossenen Minderheiten zu retten, heut, wo die Deutschen mit einer solchen Ausdauer sogar so kleine deutsche Inseln, wie Gottschee in der Krain, verteidigen, die tüchtige tschechische Nation den Vorwurf abzuschütteln, daß sie eine 100 000 Seelen zählende Schar ihrer Söhne der Germanisation freiwillig preisgibt, daß sie, anstatt diese vor dem Untergang zu retten, mit Gewalt und Hinterlist Tausende von Seelen der polnischen Nation entreißt? Nicht gegen polnische Grenzbesitzungen in der Teschener Gegend, sondern gegen Beneschau, Bauerwitz und Peterwitz an der Zinna seien die nationalen tschechischen Feldzüge gerichtet. Dort wird es keinen brudermörderischen Kampf, sondern einen großen Sieg des Slawentums geben.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 290 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 22. Dezember 1910:

Die erste Mickiewicz-Feier in Brandenburg a. H.

Die polnische Kolonie in Brandenburg beging am 11. Dezember 1910 in ihrem Sitzungssaal „Blauer Himmel" zum ersten Male eine Mickiewicz-Feier.

Um 5 Uhr nachmittags eröffnete Herr Kolodziejczak die Feier mit dem katholischen Gruße und verlas das Festprogramm, worauf ein gemeinsamer Gesang folgte. Die Festrede über den Dichter und König der Lieder hielt Mieczyslaus Hejnowicz. Redner schilderte den ganzen Lebensgang des Dichters und rezitierte verschiedene Stellen aus seinen Werken. Es folgten gemeinsamer Gesang, Deklamationen und ein Sologesang der Frau Hejnowicz, sämtlich aus den Werken des Dichters geschöpft. Die Feier wurde mit einem gemeinschaftlichen Gesang geschlossen. Alle Versammelten waren mit der herrlichen Feier sehr zufrieden.

Ein Teilnehmer.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 605 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 30. Dezember 1910:

Sieges-Allee.

Kaiser Wilhelm der Redner beschloß das Andenken seiner brandenburgischen und preußischen Vorfahren zu ehren — und es entstand die Sieges-Allee. Man zog aus alten Chroniken alle möglichen Markgrafen, Kurfürsten und Könige hervor und erreichte die Zahl von zweiunddreißig.

Aber Kaiser Wilhelm der Redner ist, oder war wenigstens seiner Zeit, ein demokratischer Herrscher und er geruhte, anzuerkennen, daß außer den Kurfürsten auch manche ihrer Untertanen, durchschnittssterbliche, verewigt zu werden verdient haben. Vielleicht wollte er schließlich auch nur ein Gefolge für die Kurfürsten bilden; wer weiß es. Und da die Symmetrie, die Seele des Schönen ist, brachte er auf beiden Seiten eines jeden Herrschers zwei Sterbliche unter.

Kaiser Wilhelm war einst auch bescheiden und hat sich kein Denkmal gesetzt. (Wozu Denkmäler; meine Reden werden auf die Nachwelt übergehen!) Aber auch so ist die Allee nicht lang und es befinden sich an ihr 32 Herren und 64 Handlanger.

Zwei Kurfürsten hat man fast auf den Kemperplatz gepackt, einige Schritte vom Rolandbrunnen entfernt, und einen Markgrafen und einen Kaiser hat man unweit der Siegessäule aufgestellt. Die Entfernung zwischen ihnen hat man in 15 gleiche Teile geteilt und genau alle 40 Meter andere Denkmäler aufgestellt. Einmal ist es nicht gelungen. Die Charlottenburger Chaussee kreuzt die Allee gerade an einem Teilungspunkt. Und sogar ein preußischer Offizier wird der Symmetrie wegen ein Denkmal nicht auf die Mitte der Straße stellen. Und hier mußte man leider vom Maße abweichen.

Im übrigen ist die Allee so schön, wie eine Reihe preußischer Soldaten „im Glied". Wie ein preußischer Leutnant achtet von der Höhe seines Brunnens aus der ungeheure granite Roland auf dem Kemperplatz darauf, daß die Soldaten Richtung halten.

Ihr tut mir leid, ihr Künstler, die ihr so viele weiße, stehende Gestalten ausdenken mußtet. O, unbarmherziger Kaiser! Ein Glück nur, daß ihr Albrecht dem Bären eine Rüstung anziehen und Wilhelm eine Pickelhaube auf den Kopf setzen und eine Uniform anziehen konntet.

Es existiert nachstehender Berliner „Witz": „Was stellen die Figuren in der Siegesallee vor?" — „Immer den rechten Fuß".

Ich bitte das nicht zu glauben. Dieser Witz muß als boshafte Lüge gebrandmarkt werden. Es gibt nämlich mehrere Gestalten, die den linken Fuß vorstellen. Wie kann man über den Wilhelmschen Einfall so spotten!

Schließlich sind dies in der Tat fast die einzigen Unterschiede. Alle Denkmäler stehen in gleichen weißen halbrunden Nischen, um welche sich Steinbänke ziehen; alle Nischen sind in drei gleiche Teile geteilt, ferner schmücken jede zwei Büsten, alles ist auf den Zentimeter genau ausgemessen.

Um das Bild zu vervollständigen, muß man noch einige kräftige Kerle mit Pickelhauben und Polizeiuniformen und blinkenden Knöpfen hinzufügen, die sich die Langeweile dadurch vertreiben, daß sie die Ausländer betrachten, die mit dem Grieben in der Hand (der Baedecker beginnt bereits aus der Mode zu kommen) jeder dritten oder vierten Figur frech in die Augen blicken. Der Verkehr ist sonst nicht groß. Von Zeit zu Zeit ein Auto und einige Kinder auf Rollschuhen.

So sieht am Tage die berühmte, große, imponierende Puppen- — Verzeihung! — Siegesallee aus.

Aber wieviel schöner sieht sie in der Nacht aus! Gegenüber den sympathischen Gesichtern der brandenburgischen Herren stehen Bogenlampen, damit du, Wanderer, sie bewundern kannst! Also betrachte, beschaue sie!

Aber von weitem — wage es nicht, Dich zufällig auf die Steinbank zu setzen; sie ist nicht für dich da. Ein Eingang zur Nische ist vorhanden, es sind Stufen vorhanden, aber vor den Stufen verwehren dir an Stufen befestigte Ketten den Zutritt. — Verboten! Nicht gestattet!

Denn wie könnte ein Preuße ohne diese Worte fertig werden. Überall wimmelt es von ihnen, in den Museen, Palästen, Gärten sind derartige Aufschriften auf Schritt und Tritt zu finden. Und hier sollte man ohne sie fertig werden? Es könnte sich doch irgend ein Verbrecher erdreisten, sich auf den Rasen zu setzen, oder — o Grausen — sich auf ihn zu legen!

Also den Zutritt verwehren Ketten!

32 brandenburgische Herrscher und neben ihnen 64 ihrer würdige Handlanger; 32 Ketten und 32 Lampen vor ihnen. Freilich dazu noch Polizisten mit Pickelhauben.

So sieht in der Nacht die berühmte, große, Sieges-Allee aus.

Berlin. Dr. St. Br.

Aus Nr. 588 der Nowa Reforma (Krakau) vom 24. Dezember 1910:

Die gepanzerte deutsche Faust mit dem Ölzweige.

Noch vor einem halben Jahre hielt man die internationale Lage allgemein für sehr unsicher und den Frieden auf sehr vielen Punkten auf einmal für immer bedroht. Gegenwärtig hat sich diese Lage sehr gründlich geändert. Alle offiziellen Erklärungen der Vertreter der europäischen Regierungen klingen unisono im fried-

lichen Tone ohne irgendwelche Fiorituren, die diesen Versicherungen einen gegenteiligen Sinn unterzulegen gestatten würden. Diese unerwartete Wendung datiert von der Septemberzusammenkunft des Zaren Nikolaus mit Kaiser Wilhelm in Potsdam. Schon aus dem bekannten Interview des Nachfolgers Iswolskis Sazanow ist bekannt, daß in dieser Zusammenkunft zwischen beiden Nachbarn eine sehr wichtige Abmachung zustande gekommen ist. Rußland erklärte sich nämlich mit der Zulassung des deutschen Einflusses in Persien einverstanden und überließ ihm gleichzeitig „carte blanche" für ganz Kleinasien und Mesopotamien. Seitens der Regierung in Petersburg war das eine Volte, die im bedeutenden Maße die ganze Aktion König Eduards vernichtete, der bemüht war, Rußland in die antideutsche Konstellation hineinzuziehen und dasselbe zu einem Ring der Kette zu machen, die bestimmt war, Deutschland zu umgürten und zu knebeln. Daher auch haben sowohl England als auch Frankreich den Potsdamer Pakt als einen Verrat seitens Rußland angesehen. In Frankreich fing man sehr ernsthaft und in sehr ernsthaften Kreisen an, über die Frage, ja fast Liquidation des Bündnisses mit dem Zartum nachzudenken, eines Bündnisses, das trotz der riesigen finanziellen Opfer seitens Frankreich ihm immer weniger Nutzen einbringt. In London hat man ebenfalls diese plötzliche Annäherung Rußlands an Deutschland sehr unangenehm empfunden, weil sie fast das ganze System des Gegengewichts, welches der kürzlich gestorbene englische königliche Diplomat für die deutsche Macht zu schaffen bemüht war, über den Haufen warf.

Die Potsdamer Zusammenkunft vernichtete mit einem Wort diese politische Konstruktion, welche unter dem Namen der „Entente cordiale" in den letzten drei Jahren der europäischen Geschichte eine weniger große als sehr laute Rolle gespielt hat. Diese „Entente cordiale" hat ihrem Schöpfer, dem König Eduard, großen Ruhm eingebracht, hielt aber die Kraftprobe nicht aus und erwies sich als Gegenstück zum Dreibund als ein schwacher und unzulänglicher Faktor. Diese fatale Kraftprobe der „Entente cordiale" war die durch die österreichische Annexion Bosniens hervorgerufene Krisis. Damals nämlich hat es sich klar und unwiderlegbar gezeigt, daß die Mitglieder dieser Konstellation — obwohl sie viele Momente zur — gegenseitigen Verständigung besitzen, nicht weniger keine ausreichenden Gründe zum — gemeinsamen Kriege gegen Deutschland haben ....

Täuschungen in dieser Hinsicht erkaufte Rußland mit der es demütigenden Niederlage in der bosnisch-serbischen Angelegenheit, die leicht für Rußland sich in eine Kriegskatastrophe hätte verwandeln können. Belehrt durch diese Erfahrung hat Rußland die heute schon historische Erklärung des Grafen Pourtales in der Angelegenheit der gemeinsamen bewaffneten Aktion Deutschlands mit Österreich in Vergessenheit geraten lassen und es kehrte zum traditionellen Dogma seiner auswärtigen Politik in Europa zurück, welches in dem Temperativ der Pflege guter Beziehungen mit mächtigen und gefährlichen Nachbarn gipfelt. Eine Besserung dieser nachbarlichen Beziehungen in der Gegend Alexandrowo—Eydtkuhnen erkaufte Rußland mit sehr bedeutenden Konzessionen in Persien und Kleinasien zu Gunsten Deutschlands. Diese Konzessionen, deren Bedeutung vom Gesichtspunkte der traditionellen russischen Politik in Westasien direkt riesenhaft ist, sahen England und Frankreich mit Recht als Folge des Respekts Rußlands vor Deutschland an und sie fanden ihn für entschieden zu groß, als daß er mit den grundsätzlichen Forderungen der „Entente cordiale" hätte in Einklang gebracht werden können. Daher kam von der Potsdamer Zusammenkunft gesagt werden, daß sie der Anfang vom Ende der „Entente cordiale" gewesen ist.

Trotz allem Anschein strebte die „Entente cordiale" dahin, nicht nur ein diplomatisches, sondern auch ein militärisches Gegengewicht gegenüber dem Dreibund zu werden. Aus diesem Grunde bildete die „Entente cordiale" eine um so größere Gefahr für den europäischen Frieden, je mehr sie in ihren Mitgliedern die Illusion der Macht weckte. Niemals haben auch die im letzten Jahrzehnt so oft auftauchenden Drohungen von europäischen Kriegen so ernst geklungen als gerade in der Zeit der schließlichen Kristallisierung der „Entente cordiale".

Gegenwärtig ist die „Entente cordiale" bedeutend schwächer geworden. England und Frankreich wurden von der russischen Politik enttäuscht, die Sazanow nicht mit Unrecht vor allen Dingen „kalt-praktisch" — nannte. — Sobald nämlich Rußland gegen Deutschland und Österreich weder kämpfen will noch kann, so kann es sich auch in der gegen diese Staaten gerichteten Kombination nicht halten, weil dies sich allem Anschein nach auf ihm, als dem Schwächsten, am meisten rächen würde. Mit dem Fall der Idee der „Entente cordiale" ist Deutschland, welches seine östlichen Grenzen wieder gesichert hat, wiederum diese große Macht geworden, die ihre westlichen Nachbarn mit Angst und Unruhe erfüllt. Frankreich, welches sich im mandschurischen Kriege von der sehr problematischen militärischen Kraft seines nördlichen Verbündeten überzeugte, und nun eingesehen hat, daß es im Falle eines Zusammenstoßes mit Deutschland auch auf diese problematische Kraft nicht mehr rechnen könne, vermeidet sogar jeden Schein einer Offensive gegen seinen östlichen Nachbarn. Die materialisierte öffentliche Meinung Frankreichs, die nur gegen das Schwanken der Kurse auf den Weltbörsen empfindlich ist, spricht sich ohne Vorbehalt für die sorgfältige Pflege des Friedens mit allen und überall aus.

England hat ebenfalls übergenug Gründe zum Weglegen des drohenden Schwertes. Rußland hat es schmählich enttäuscht: England hat Rußland in das Innere Persiens zugelassen in der Hoffnung, daß es für diesen Preis dessen Unterstützung gegen Deutschland erkaufen werde. — Indes gebrauchte Rußland einen Teil seiner mit Hilfe Englands in Persien gemachten Beute dazu, um sich die Gunst — Deutschlands zu erwerben. Die Konzeption der Verbindung Rußlands mit Hilfe der Teilung Persiens fiel, Rußland hat nämlich gewonnen, was ihm England gegeben, doch legte es einen Teil davon als schuldiges Zehntel den Deutschen zu Füßen. Die innere tiefe sozial-politische Krisis, die England gerade jetzt durchmacht, nimmt ihm auch den letzten Rest der Fähigkeit zur Kontinuation dieser kecken und blendenden Politik, die König Eduard gegen die Deutschen inaugurierte.

Das Resultat ist, daß Deutschland, welches kürzlich noch von drei Fronten zugleich bedroht wurde, auf einmal völlige Freiheit erlangt hat. Seine heutige internationale Lage erinnert an die glänzendsten Zeiten der deutschen Geschichte zur Zeit Bismarcks. Heute könnte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, wenn er ein bischen weniger Philosoph wäre — ebenso wie damals sagen, daß die Deutschen außer Gott niemanden mehr fürchteten.

Die in der Tat mächtige deutsche gepanzerte Faust hebt sich wiederum über Europa empor. Jeder fürchtet diese Faust, damit sie vor allen Dingen nicht auf seinen Rücken falle. Jeder auch will so tun, als ob er sie .... für den Ölzweig des Friedens hielte und nicht für eine mächtige Drohung der Gewalt und Kraft.

Lange schon war der internationale Frieden in Europa nicht so gesichert als gegenwärtig und das trotzdem, obwohl keine einzige der Fragen, die fort-

während mit kriegerischen Verwicklungen drohen, gelöst worden ist. Dies ist jedoch ein Zwangsfrieden, ein Frieden des panischen Schreckens, den im Westen und Osten Europas der Anblick einer sechs Millionen Mann starken und vorzüglich disziplinierten und wohl versehenen deutsch-österreichischen Armee verursacht. Daß ein solcher Frieden der zivilisierten Menschheit kein Glück bringen wird, daß er keine Elemente enthält, die fähig wären, die Menschheit auf ein höheres Lebensniveau zu heben und sie den ersehnten Idealen näher zu bringen, das braucht man nicht erst zu beweisen. Das ist ein ähnlicher Frieden, der zwischen den zwitschernden Vögeln in dem Augenblick zu herrschen pflegt, wenn sie in den Lüften den kreisenden Habicht erblicken.

Aus Nr. 9 und 10 der Ukrainischen Rundschau vom Jahre 1910:

Volkszählungsschwindel.

Als Galizien im Jahre 1772 an Österreich gelangte, berichteten die Relationen der in das okkupierte Land entsandten Regierungskommissäre, auch das Pergensche Memorandum, daß der östliche Teil des Landes, heute doppelt so groß als der westliche rein ruthenisch bzw. griechisch-katholisch sei und bloß die Klasse der Großgrundbesitzer sich zur römisch-katholischen Kirche, bzw. zum Polentum bekenne. Noch zu Beginn des XIX. Jahrhunderts berichtet der polnische Erzbischof Kicki in Lemberg, daß in der Lemberger Diözese kaum jeder zehnte Einwohner von lateinischem Ritus war, wobei dieser Ritus mit der polnischen Nationalität ungefähr zusammenfiel.

Die Polen kamen aber nach und nach immer mehr zur Überzeugung, daß, wenn sie im ganzen Lande dauernd die Macht in ihren Händen vereinigen wollen, dies nur dann der Fall sein könne, wenn sie imstande sein würden, einen nationalen Besitzstand auch im östlichen Teile des Landes aufzuweisen. Dieses Bestreben kam allerdings erst nach dem Einsetzen der Verfassungsära in Österreich recht zur Geltung, nachdem erst jetzt daran eine politische Bedeutung geknüpft wurde, und so sehen wir, daß bereits im Jahre 1851 das ehemalige Zahlenverhältnis der beiden Nationalitäten, welches früher eine überwiegende ruthenische Mehrheit, eine Nivellierung des statistischen Besitzstandes aufwies, der sich nunmehr so verhielt: 2 441 771 Ruthenen gegen 1 994 802 Polen. Mit raschen Schritten änderte sich nun auch dieses Verhältnis immer mehr zugunsten der Polen und im Jahre 1900 erlebten wir die amtliche Feststellung, daß sich das Zahlenverhältnis der Polen und Ruthenen als 51% gegen 42 % gestaltete. Im Jahre 1851 gab es fast eine halbe Million mehr Ruthenen als Polen in Galizien. Im Jahre 1900 waren hier aber fast eine Million Polen mehr als Ruthenen! Wenn im Jahre 1851 auf 1000 Einwohner in Galizien 501 Ruthenen, aber nur 409 Polen waren, so gab es im Jahre 1900 bereis 548 Polen und nur 422 Ruthenen auf ein Tausend! Diese Zahlenverschiebung geschieht gewiß auf unnatürlichem Wege.

Die Gründe dieser großartigen Verschiebung im Zahlenverhältnis sind positiver und negativer Natur, sie beruhen in der seit Jahrzehnten forcierten Kolonisierung Ostgaliziens mit westgalizischen, polnischen Bauern und Überflutung dieser Landesteile durch die polnische Bureaukratie einerseits, durch gewaltsame und erschwindelte Einbeziehung galizischer Juden, römisch-katholischer Deutscher und Ruthenen, ja selbst von Ruthenen von griechischem Ritus in die polnische Nationalität andererseits.

Die nahende offizielle Volkszählung ließ nun abermals einen ganzen Schwindelapparat vom Stapel und in die Hände der ruthenischen Presse gelangte soviel verschiedene polnisch-nationale und amtliche Institutionen kompromittierendes Material, daß man sich diesmal auf recht arge Mißbräuche bei der bevorstehenden Volkszählung gefaßt machen muß.

Ausnahmslos wird das nationale Todesurteil über alle Ruthenen von lateinischem Ritus ausgesprochen. In Galizien gilt nämlich als Regel, die jedoch von Ausnahmen nicht frei ist, daß Bekenner des lateinischen Ritus Polen, Bekenner griechischen Ritus Ruthenen sind. Nun nehmen die Polen das Ausnahmerecht allein für sich in Anspruch, indem sie zahlreiche griechisch Katholische zu Polen zählen, während ruthenisch sprechende römisch Katholische kraft der Regel eo ipso als Polen zu gelten haben. Die Regel verpflichtet nebenbei bemerkt nicht Ruthenen allein, sondern auch die meisten katholischen Deutschen, ist jedenfalls für jene Deutschen obligat, die nicht in gedrängten deutschen Kolonien wohnen. Da nun die Ruthenen des lateinischen Ritus polnischen Seelsorgern unterstehen, lateinische Messe und polnische Andachten hören und polnisches Gebet sprechen müssen, trotzdem sie sonst weder mit anderen noch untereinander polnisch reden, in der Regel polnisch überhaupt nicht sprechen können, so wird die Gebetsprache durch folgende Ableitung zur Bedeutung der Umgangssprache gehoben: „Die Umgangssprache ist jene, welcher sich der Mensch am häufigsten bedient, also (!) beispielsweise beim Gebet, welches man zumindest zweimal täglich hersagt.“ In diesem Sinne hält das Organ der polnischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Przewodnik kolek rolniczych einen Vortrag für die Mitglieder. Ganz gleicher Ansicht ist aber auch der polnische Erzbischof Bilczewski, welcher an polnische Pfarrämter seiner Erzdiözese ein „nach vorhergegangener Diskussion mit den Dekanen“ erlassenes Zirkular versendet, in welchem er dafür agitiert, „daß die Volkszählung für Kirche und Nationalität vorteilhaft ausfalle“. Klipp und klar sagt Bilczewski aus, daß „Lateiner Polen seien, weil sie polnisch beten. Das ist Merkmal ihrer Nationalität“. „Das Ruthenische als Umgangssprache — meint der polnische Erzbischof — ist eine Anomalie, welche bei der Volkszählung den Sachverhalt falsch (!) darstellen kann. Deswegen sollen alle Lateiner sich bei der Konskription als Polen, mit polnischer Umgangssprache angeben, weil man guter Hoffnung sein darf, daß kein Jahrzehnt vergeht, und es findet sich keine Ortschaft, in welcher Polen das Ruthenische als Umgangssprache anwenden würden.“ So unverblümt agitiert ein allpolnischer Agitator im erzbischöflichen Purpur für die Fälschung der offiziellen Volkszählung, einer, wohlgemerkt, wissenschaftlichen Institution, so unverschämt darf er auf Jahre hinaus Erfolge der polonisierenden Tätigkeit voraussagen! Der Meinung des polnischen Erzbischofs zufolge soll im Jahre 1910 eine Volkszählung für 1920 vorgenommen werden, denn dann dürften ruthenische Lateiner wohl gänzlich von der Erdoberfläche verschwunden sein!

Allein mit den Ruthenen von lateinischem Ritus ist noch das Vaterland nicht gerettet. Der Bezirksausschuß des ruthenischen Bezirkes Buczacz verkündet nämlich in einem vertraulichen Schreiben, daß die Volkszählung die „Grundlage zur Abschätzung der Kraft des polnischen Volkes“ bilden werde und eine polnische Broschüre „Die Volkszählung und deren große Bedeutung für das polnische Volk“ (Lemberg 1910) agitiert für die Erreichung einer „höchsten Zahl“ der

Polen. Die Broschüre will nicht nur, daß alle Lateiner in Galizien für Polen ausgegeben werden (sollte ein ruthenischer Konskriptionskommissär die sich für Polen ausgebenden Ruthenen lateinischen Ritus auf ihre ruthenische Umgangssprache aufmerksam machen, so wird ihnen die Entgegnung anempfohlen: „weil ich es so haben will"), sondern auch die Angehörigen polnischer Familienoberhäupter, also „Gattin, Kinder, Eltern, mitwohnende Verwandte, Dienstboten" der polnischen Nationalität anheimfallen. „Sollte aber irgend ein ruthenischer Familienvater angeben, daß seine polnische Frau ruthenisch spreche, so soll sie erwidern, daß das nicht wahr sei und dem Kommissär auftragen, einzutragen, daß sie polnisch spreche und ihre Tochter ebenso."

Die Juden dürfen überhaupt nicht anders denn als Polen gezählt werden. „Die Ruthenen — sagt der Autor — tragen gerne Juden als Ruthenen oder Deutsche ein, aber laßt das nicht zu; jeder Jude muß als Pole eingetragen werden." Ein vertrauliches Zirkular eines speziellen polnischen Komitees für Volkszählung, dessen Leitung in den Händen des herworragenden allpolnischen Führers, Landtagsabgeordneten Adam ruht, legt den Kommissären ganz besonders ans Herz, die Juden nur ja nicht als Deutsche einzutragen.

Selbstredend werden bereits im vorbereitenden Stadium durch Mißbräuche Anstrengungen gemacht, daß die Volkszählung zu Gunsten der Polen ausfalle. In der Regel werden zu Kommissären entgegen den Vorschlägen der Gemeinden als Wahlschwindler bekannte Individuen ernannt. Hauptsächlich sind es die Bezirke Busk, Borszczów, Kalusch, Kosiw, aus welchen Beschwerden über Mißbräuche der Bezirkshauptleute einlaufen.

Man muß, wie gesagt, dem Ergebnis der bevorstehenden Volkszählung mit besonderem Interesse entgegensehen. Ob sich denn die Zentralbehörden nicht entschließen werden, den Mißbräuchen auf diesem Gebiete zu steuern, ob die k. k. Statistische Zentralkommission es sich ruhig gefallen läßt, daß der politische Schwindel auch dort ungeniert betrieben wird, wo er auf jenes Gebiet hinübergreift, das keine Lügen, auch wenn sie von Amts wegen geschehen, dulden darf?!

Nachspiel zum Julikampfe an der Lemberger Universität.

Nach dem bekannten Hungerstreik der ruthenischen Studenten im Jahre 1907 hatte sich die polnische Justiz für inkompetent erklärt, über die ruthenischen Studenten zu urteilen. In der betreffenden Eingabe suchten die polnischen Richter diesen ihren Schritt durch den Hinweis auf die allgemeine politische Lage im Lande erklärlich zu machen. Die politische Lage im Lande ist nun in nichts, außer in der Richtung verändert, daß die Spannung zwischen Polen und Ruthenen womöglich noch größer geworden ist, aber die polnischen Richter in Lemberg fanden das damals bei sich vermißte Gefühl der „Beherrschung der eigenen Individualität", sowie „jene Kühle, jenes Gleichgewicht und jene Nüchternheit, welche die Voraussetzung eines gänzlich unparteiischen und objektiven Urteiles darstellen" wiedergewonnen und sich selbst als kompetent, in einer auf ein Haar analogen Angelegenheit das Urteil abzugeben. Hatte es vor drei Jahren den Anschein gehabt, daß die Maßnahme der Ratskammer des Lemberger Strafgerichtes einen Schritt auf dem Wege zur Gesundung der polnischen „legal insanity" bedeute, so ist nun evident, daß dieser Schritt von keiner freiwilligen Bewegung ausgeführt wurde, sondern unter dem Drucke der verschiedenen öffentlichen, auch amtlichen Faktoren geschah. Sobald die Ursachen von damals zu wirken aufhörten, streiften die polnischen Richter die Bedenken von damals von sich und das Vorgehen in Angelegenheit der Juliworgänge an der Lemberger Universität bietet wiederum eine Blütensammlung der galizisch-polnischen Justiz. Wir erfassen die Angelegenheit in ihrem historischen Zusammenhange.

Am 1. Juli d. J. hielten die ruthenischen Studenten in einem Hörsaal der Universität Lemberg eine Versammlung ab, in welcher Resolutionen betreffend die Errichtung einer selbständigen ruthenischen Universität in Lemberg beschlossen wurden. Als sie nach Schluß der Versammlung den Saal verlassen wollten, bemerkten sie, daß der Ausgang aus der Universität durch die von den polnischen Studenten aufgestellte Barrikade verrammelt wurde. Es kam zu Exzessen; ein ruthenischer Student, Adam Kocko, wurde erschossen und ein anderer ruthenischer Student, Roman Leontowycz, wurde am Bein schwer verwundet. Nachher wurde auf beiden Seiten geschossen, aber auf polnischer Seite niemand getötet oder verwundet. Da erschien die Polizei, verhaftete aber nur ruthenische Studenten und ließ die polnischen vollkommen frei. Bei analogen Exzessen von 1907, da die ruthenischen Studenten Barrikaden gebaut hatten, wurden sie nicht bloß verhaftet, sondern auch von dem Wiener Strafgericht nur für den Barrikadenbau zur Strafe verurteilt.

Gleich an dem Tage, an welchem der ruthenische Student Adam Kocko erschossen und Roman Leontowycz von einer Kugel schwer verwundet wurde, wurde, ohne jedwede Untersuchung, selbst ohne amtsärztlichen Befund, ein amtliches Kommunique ausgegeben und in demselben das Unmögliche in die Welt hinausposaunt, daß der ruthenische Student Adam Kocko von seinen eigenen Konnationalen erschossen worden sei. Natürlich erklärte das amtliche Kommunique nicht, warum der zweite ruthenische Student durch einen Schuß von vorne verwundet wurde. Die amtsärztliche Untersuchung hat nachher erwiesen, daß der erschossene Student Adam Kocko genau in der Mitte der Stirn getroffen wurde.

Das amtliche Kommunique wurde aber schon lange ausgegeben, als die Gerichtsbehörden sich entschlossen hatten, die bezüglichen Räume an der Universität zu isolieren. Dadurch wurde Gelegenheit geboten, die Anzahl der Schüsse, die von den ruthenischen Studenten herrühren konnten, nach Belieben zu vermehren, dagegen die Spuren der Schüsse polnischer Studenten zu entfernen.

Die ruthenischen Studenten wurden verhaftet und die polnischen Studenten als Zeugen in sua causa gegen sie vernommen. Gleich zu Anfang der gerichtlichen Untersuchung haben die polnischen Untersuchungsrichter ihre ganze Energie und ihren Witz darauf verwendet, um die Zeugen, das ist polnische Studenten, polnische Universitätsbeamten und Universitätsdiener zur Äußerung zu bewegen, daß es ruthenische Studenten gewesen seien, die ihren eigenen Konnationalen erschossen haben. Da aber in dieser Beziehung keine präzisen Äußerungen zu erlangen waren, so hat man sich gehütet, den wahren Täter, der den ruthenischen Studenten Adam Kocko erschossen hat, wirklich zu entdecken, insbesondere hat man nicht eruiert, wo sich der Pole Witold Staniszewski befindet und was für eine Rolle er in der Sache gespielt hat (siehe Anklageakt). Daher hat man die Untersuchung mit Vorbedacht nicht wegen Tötung, sondern wegen anderer Verbrechen geführt und der Anklageakt lautet nur auf Verbrechen nach §§ 83, 85, 87, 152 und 155 St.-G.-B.

Es wurden 101 ruthenische Studenten und Abiturienten in Anklagezustand versetzt. Aber hiermit ist die Sache noch nicht zu Ende. Außer den 101, welche sich bereits im Anklagezustand befinden, sind noch 196 ruthenische Studenten, die am 1. Juli an der Lemberger Universität anwesend waren und gegen welche jetzt der Senat der Lemberger Universität eine Disziplinarverhandlung verhängt hat.

Alle ruthenischen Studenten, sowohl diejenigen, die sich im Anklagezustand befinden, als diejenigen, die in Disziplinarverhandlung stehen, werden zur Inskription nicht zugelassen. Von 297 Studenten hat man bloß jenen 21 die Inskription bewilligt, die in der Disziplinarverhandlung eine Äußerung über die Exzesse vom 1. Juli gemacht haben. Allen übrigen wird die Erteilung von Vidis für das vorige Sommersemester, die Ausfolgung von Abgangszeugnissen und die Inskription in das Schuljahr 1910/11 verweigert. Diese Studenten wollen zwar in der Disziplinarverhandlung vor dem akademischen Senate nicht aussagen, aber das Vorgehen der Strafbehörden zwingt sie geradezu, sich jeder Aussage zu enthalten. Denn das Strafgericht zu Lemberg hat sich nicht damit begnügt, über 101 ruthenische Studenten einen Anklageakt zu verhängen, sondern führt jetzt weiter die strafrechtliche Untersuchung gegen die übrigen ruthenischen Studenten, die in der Disziplinarverhandlung der akademischen Behörden stehen, und zwar gegen die ausdrückliche Bestimmung des § 112 St.-P.-O.

Dieser gesetzwidrige Vorgang des Strafgerichtes geht offenbar dahin, alle ruthenischen Studenten als Angeklagte von der rechtlichen Stellung, die den Zeugen zugute kommt, vollständig auszuschließen, und dadurch alle etwaigen Aussagen der ruthenischen Studenten über die Tötung Adam Kockos der völligen Glaubwürdigkeit zu berauben. Erscheinen aber auch 196 ruthenische Studenten als Angeklagte in der gerichtlichen Strafuntersuchung oder sollen sie als solche noch verhört werden, so kann das ihnen zukommende Recht, als Angeklagte vor Gericht nicht auszusagen, durch die Disziplinarverhandlung an der Universität nicht verkümmert werden. So ist dieser indirekte Zwang zu Aussagen vor dem Disziplinarsenate, solange die gerichtliche Untersuchung noch im Zuge ist, nicht gerechtfertigt und kein Grund vorhanden, den ruthenischen Studenten die Vidis, die Abgangszeugnisse und die Inskription an der Lemberger Universität weiterhin zu verweigern.

Mit vereinten Kräften sind das Gericht und der akademische Senat der Lemberger Universität tätig, die ruthenische Universitätsjugend durch parteimäßige Behandlung auf das Äußerste zu erbittern und Hunderte von ruthenischen Studenten vom Universitätsstudium fernzuhalten. Zur friedlichen Gestaltung der Verhältnisse an der Universität und im Lande trägt dieses Verhalten am allerwenigsten bei.

Kein Platz für die Ruthenen!

In der k. k. Tabakregie auf ruthenischem Territorium waren auch in diesem Jahre einige Praktikantenplätze zu besetzen. Da der Staat beim Tabakverkaufe Millionen Kronen auch von Ruthenen einnimmt, so wäre es eine selbstverständliche Gerechtigkeit, daß derselbe auch Ruthenen in seinen Tabakfabriken, auf ruthenischem Territorium wenigstens, als Beamte zuläßt. So glaubten wenigstens viele diesjährige Kompetenten ruthenischer Nationalität, darunter auch drei mit Auszeichnung notierte Maturanten, denen in der Schule eingepaukt wurde, daß sie Österreichs Bürger seien, und daß die Devise des österreichischen Staates: „Justitia Regnorum Fundamentum" sei. Die Plätze wurden auch besetzt, aber keiner von einem Ruthenen. Ja, in die Tabakfabrik in Wynnyky wurde ein polnischer Schlosserlehrling mit beendeter galizisch-polnischer Gewerbeschule als Praktikant aufgenommen und den Ruthenen, trotz ausgezeichneten Maturitätszeugnissen ein „Adieu, meine Herren!" entgegengehalten. Solche Vorfälle staatlich polnischer Wirtschaft den Ruthenen gegenüber, deren Tendenz allgemeine Ausschließung letzterer von allen Ämtern ist, gibt es tagtäglich viele; besonders aber bemüht sich die allpolnische Staatswirtschaft in Galizien, der studierenden ruthenischen Jugend praktisch einzupauken: unser Staatsgedanke ist, euch zu vernichten.

Ein ruthenischer Schulstreik.

In der Gemeinde Ostriw (Bezirk Bibrka, ruthenisches Territorium) kam es noch im vorigen Jahre zu einem von Kindern durchgeführten Schulstreik, der ein ganzes Jahr andauerte. Dort war Schulleiter der Allpole Wladislaw Wasilewski, der zur Zeit der letzten Landtagswahlen im ganzen Bezirke reine Wahlräubereien beging, gegen die Ruthenen provokatorisch vorgehend. Das Volk beschwerte sich über diesen allpolnischen agent provocateur vor den Behörden, verlangte dessen Versetzung, klagte über eigenmächtigen Preisaufschlag für Schulbücher und viele andere Vergehen, unter denen Geringschätzung, ja offener Haß gegen die Ruthenen, an deren Kindern er allpolnisch schulmeisterte, der Bevölkerung das Unerträglichste war. Alle Beschwerden, Klagen, ja Deputationen der Gemeinde an höhere Behörden halfen nichts. Da veranstaltete das Volk den Streik der Schulkinder, der, wie gesagt, ein ganzes Jahr dauerte. Dies half. Der Vizepräsident des Landesschulrates Dembowski sah sich veranlaßt, seinen „guten Patrioten" endlich zu versetzen; auf eine bessere Stelle, wie dies ja bei Versetzungen der Allpolen in Galizien selbstverständlich ist. — Es sind überhaupt jetzt Anzeichen vorhanden, daß die im Schulwesen äußerst mißhandelte ruthenische Bevölkerung Galiziens mit Schulstreiks ihr Recht auf die nationale Schule immer allgemeiner fordern wird. Ist es ja erst jüngst vorgekommen, daß ein allpolnischer Schullehrer einen achtjährigen Knaben zu Tode prügelte, weil er sich weigerte, polnisch zu beten.

Strafforderung gegen pflichtvergessene polnische Beamte ist ein Terrorismus von unten.

Im galizischen Landtage zitierten ruthenische Abgeordnete viele Pflichtverletzungen polnischer Beamter und forderten von der Regierung streng objektive Untersuchung zitierter Fälle und Bestrafung schuldig Befundener. Herr Glombinski fand es für gentlemanlike, in dieser Forderung einen Terrorismus von unten zu konstatieren und seine Verwahrung dagegen einzulegen, auf Antrag einzelner Abgeordneter gegen Beamte ein Strafverfahren einzuleiten. Dies geschah im galizischen Landtage, in der Sitzung vom 8. Oktober l. J. — So sieht in Galizien die Moral des öffentlichen Lebens aus; Strafforderungen gegen pflichtvergessene Beamte (von denen es in Galizien wimmelt!) von Seiten einzelner Abgeordneter, dies ist nach der Moral des Herrn Glombinski ein Terrorismus von unten, — wenn die Schuldigen eben polnische Beamte sind; aber eine anonyme unsinnige Denunziation gegen einen ruthenischen Beamten — hei, da werden alle allpolnischen Mittel in Anwendung gebracht, um ein langwieriges Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten, und um ihn, wenn auch ganz unschuldig verleumdet, aus Dienstesrücksichten zu den Antipoden versetzen zu können. So wird der Ruthene „ausgeräuchert", um einem Polen Platz zu machen; Terrorismus ist dies nicht — — —, o nein; doch etwas Spezielles aus dem polnischen Blumenbeete

Aus Nr. 89 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Przemysl) vom 30. Dezember 1910:

Die politischen und nationalen Ideale der Polen.

Im schlesischen Landtage hat in der letzten Sitzung desselben am 8. November l. J. der Landtagsabgeordnete Kozdon eine großzügige Rede gehalten, in welcher er in trefflicher Weise die nationalen Verhältnisse von Ostschlesien (ehemals Teschner Kreis) besprach und den Standpunkt der schlesischen Polen kennzeichnete, die in der allpolnischen Flut nicht aufzugehen gedenken, weil dies der historischen Entwickelung des Landes widerspricht. Diese Rede erregte sowohl in der Landtagsstube selbst, als auch außerhalb derselben in den weitesten Kreisen das größte Interesse und galt in erster Linie als Entgegnung auf die Behauptung des Landtagskollegen des Redners, des Herrn Dr. Michejda, der jedwede Propaganda der allpolnischen Ideen unter den schlesischen Polen rundweg verneinte.

Landtagsabgeordneter Kozdon wies an der Hand zahlreicher Belege nach, welches Doppelspiel die Polen in ihrer Politik treiben, wie sie sich in Wien als die wahre Stütze der Regierung und des Staates gebahren, von dieser Regierung mit Geschenken, Ehren und Würden bedacht werden, aber im eigenen Lande den österreichischen Staat als ihr Vaterland nicht anerkennen und von ewiger Sklaverei schwatzen; das ist politische Unehrlichkeit.

Unmittelbar nach der Marienburger Rede Kaiser Wilhelms II. sagte der Landtagsabgeordnete, veröffentlichte der Berliner Verein der polnischen National-Liga, die ihre Tätigkeit auf alle drei Reiche erstreckt, unter die das ehemalige polnische Reich aufgeteilt worden ist, einen Aufruf, der auch in Schlesien vielfache Verbreitung fand. In diesem Aufrufe heißt es: „Die Zugehörigkeit der Polen zu den drei Raubstaaten ist nur eine äußere, rein formelle Sache. Das Wesen ihrer Existenz bildet die Zugehörigkeit zum polnischen Volke. Die Polen gehorchen den Gesetzen nur, weil sie gehorchen müssen. Die Polen haben ihre eigenen Ideale, ihre eigenen Ziele, die sie mit aller Kraft zu erreichen trachten, ohne Rücksicht darauf, ob damit die Herren Preußen, Russen oder Österreicher einverstanden sind. Die Polen glauben an die politische Wiedergeburt des polnischen Reiches. Der Glaube an die Befreiung und die Unabhängigkeit Polens ist der Stern, der jedem Polen von der Wiege an voranleuchtet. Dieser Glaube ist der einzige Gedanke eines jeden Polen. Wozu also lügen? Die polnische Frage muß immer klar und deutlich gestellt werden, denn die Politik der Falschheit demoralisiert das Volk und führt es irre. Man muß also offen und entschieden überall verkünden, daß nur ein Gedanke und ein Volk besteht."

Ist das nicht klar genug? Ebenso schreibt die Nowa Reforma vom 22. Januar 1910: „Ohne den Glauben an das Ideal des unabhängigen Polen sind alle Anstrengungen zur eigenen Wiedergeburt eitel und zwecklos. Dieses Ideal darf ein Pole unter keiner Bedingung und in keinen Verhältnissen leugnen. Es muß der voranleuchtende Stern sein bei jeglicher nationalen Arbeit, wenn diese nicht bloß auf ein kurzes Ziel bemessen sein soll. Auf dem Grunde dieses Ideals gibt es keinen Kompromiß, keine Verständigung — der Opportunismus wäre hier ein Verbrechen, begangen an der Zukunft Polens."

Desgleichen schreibt die „National-Liga" in einem ihrer Flugblätter: „Wir müssen überall offen und ohne Furcht bekennen, daß wir an der Herstellung eines selbständigen polnischen Reiches arbeiten. Wer sich zu dieser Aufgabe nicht bekennt, beschmutzt den nationalen Geist . . ."

Im allgemeinen denkt kein außer-schlesischer Nationalpole bei dem Worte Vaterland an Österreich, im Gegenteil, die Polen betrachten sich als Sklaven. Die in Krakau erscheinende, für die weiten Volksschichten bestimmte Wochenschrift Ojczyzna (Vaterland) schreibt in der Nummer vom 12. Juni 1910: „Wohin eilen wir? Wie stellen wir uns eigentlich die Zukunft vor? Wenn wir von dieser sprechen, so steht vor unseren Augen sofort das Bild unseres Elends, das Bild eines Volkes, das in der Sklaverei verharrt und heute fast mit dem letzten Atemzuge kämpft, um sein Land, seine Sprache, seine Religion zu schirmen usw. Wenn wir also an eine bessere Zukunft denken, so stellen wir sie uns als politische Freiheit aller Polen, als das Leben in einem unabhängigen Polen vor. — Es hat sich eine Politik der Verständigung herausgebildet, man hat angefangen, zu behaupten, daß es besser für uns sein werde, wenn die einen Preußen, die anderen Russen und die dritten Österreicher werden, die polnisch reden, und das unsere Feinde uns in Ruhe lassen werden, wenn sie sehen, daß wir uns gebessert haben. Auf diesem Wege kommen wir nicht weit. Wenn wir eine bessere Zukunft für uns und unsere Kinder erwarten, dann müssen wir ein unabhängiges Polen erstreben! Und dazu kann uns nur ein Weg führen, der Weg, den uns Kosciuszko und Glowacki gezeigt haben. Das ist die leitende allpolnische Idee. Die Herren in der Sklaverei schämen sich ihrer Pläne nicht und verheimlichen sie nicht.

Die Gazeta ludowa, das Organ der Partei des Stapinski, schreibt in einem Artikel: „Ist ein unabhängiges Polen notwendig? Wer bei uns in Galizien die nationale Bildung aus den amtlichen Büchern schöpfen würde und keinen vom nationalen Geiste erfüllten Lehrer hätte, der würde mit Bestimmtheit die polnische Königin Hedwig von der österreichischen Kaiserin Maria Theresia, welche an der Zerstückelung Polens beteiligt war, nicht unterscheiden, ebenso könnte er nicht die polnischen Könige von den österreichischen Kaisern unterscheiden, die in den galizischen Schulbüchern beständig „hinter dem Pfluge" einhergehen. Diese Tatsache betrachtet die Gazeta ludowa als ein Unrecht, das Galizien geschieht, und klagt im weiteren Verlaufe auf die Regierung, welche die Entwickelung Galiziens mit keinem Heller unterstützt und die Entwickelung der kulturellen Institutionen auf Schritt und Tritt hindert, „denn wir sind ein Volk in der Sklaverei und über uns herrscht der Russe und der Deutsche". „Der polnische Bauer muß für die Henker-Zaren und für die allergnädigst regierenden Kaiser beten, muß Steuern zahlen und Rekruten liefern."

Der österreichische Adler, das Symbol österreichischer Staatszugehörigkeit, wird verspottet, aber den weißen polnischen Adler findet man in Galizien überall. Die illustrierte Schrift „Goniec" klagt in der Nummer vom 5. Oktober l. J., daß die erweiterte Autonomie des galizischen Landesschulrates dazu dient, die Zeugnisse der Volksschüler mit dem österreichischen Adler zu schmücken.

Vor allem ungemein belehrend für das polnische Volk, als auch für uns ist die Nummer der Ojczyzna vom 21. August 1910, also aus den Tagen der Kaiserfeierlichkeiten. Das Blatt klagt, daß der polnische Bauer zum „Bürger des österreichischen Staates" gemacht wird. „Und wir sind doch keine Österreicher, wir sind Polen; Warschau, Krakau, Posen und nicht Wien ist unser. Wir sollen Bürger Polens und nicht Österreichs sein. Also sollen uns unsere Angelegenheiten, die nationalen, polnischen, daß ich es sage, allpolnischen

interessieren, welche uns Polen, als ein ganzes Volk betreffen, ohne Rücksicht auf die Grenzpfähle, die den österreichischen, den preußischen und den russischen Teil scheiden." Dann führt das Blatt das Unglück an, welches zu befürchten sei, wenn sich die galizischen Polen als „bewußte österreichische Staatsbürger" bekennen würden und schließt mit dem warmen Appell: „Also arbeiten wir an der Hebung der Volksbildung, aber der allpolnischen Bildung im Namen der Unabhängigkeit Polens, nicht aber im Namen des österreichischen Staatsbürgertums."

Deutlicher kann man in keinem Staate den Staatsgedanken verspotten. Unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf: Ob jenseits des Bialaflusses andere Gesetze gelten als diesseits? Man könnte die hohe Regierung befragen, ob sie es will, daß auch der schlesische Pole sich der Treue gegenüber dem österreichischen Staate entledige und sich als ein Bürger Polens fühle?

So Landtagsabgeordneter Kozdon. Eines Kommentars bedürfen seine Ausführungen nicht! Du, österreichischer Adler, aber erzittere und zähle deine Stunden, denn Glos ludu slonskiege (Schlesische Volksstimme) meldet in der Nummer vom 3. Dezember 1910: „Wenn das Volk sich erhebt, wenn es in der Bauernbrust zu kochen und zu rasen beginnt, — dann wird der zweiköpfige Adler nicht mehr krächzen."

Aus Nr. 89 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Przemysl)

vom 30. Dezember 1910:

Polnischer Anschlag gegen eine deutsche Lehrkanzel.

Aus Lemberg wird dem „Getreuen Eckart" berichtet: Den Deutschen in Österreich droht abermals eine bisher innegehabte Stelle zu entgehen. Es ist dies die Lehrkanzel für deutsche Sprache und Literatur an der Lemberger Universität, die bisher Hofrat Richard Maria Werner, der bekannte Herausgeber und Biograph Hebbels, durch nahezu 25 Jahre innegehabt hat. Eine starke polnische Partei im Professorenkollegium der Lemberger Universität macht alle Anstrengungen, diese Lehrkanzel nun mit einem Polen zu besetzen. Da auf polnischer Seite keine nur halbwegs hierzu befähigte Lehrkraft vorhanden ist, beabsichtigt diese Gruppe, die bisher noch stets ihren Willen durchgesetzt hat, die Stelle mit einem polnischen Privatgelehrten zu besetzen, der gar nicht habilitiert ist, ja überhaupt erst das Doktorat erlangen will, um die Stelle zu bekommen. Die Polonisierung der Lehrkanzel für deutsche Sprache und Literatur an der Lemberger Universität wäre von keineswegs unbedeutenden Folgen begleitet. Es ist klar, daß der neue polnische Professor über deutsche Sprache und Literatur in polnischer Sprache lesen würde. Da bekanntlich an den Mittelschulen Galiziens das Deutsche obligater Lehrgegenstand ist, würde die weitere Folge sein, daß die Lehrbefähigungsprüfung aus diesem Fache, die der neue polnische Professor vornehmen würde, ein ganz anderes sicherlich sprachlich weniger befähigtes Material dem Mittelschullehramt zuführen würde. Auch darf nicht übersehen werden, daß es nach der Polonisierung dieser Lehrkanzel nur eine Frage der Zeit sein wird, wenn das gleiche mit der bisher ebenfalls mit einem Deutschen besetzten Krakauer Lehrkanzel gleicher Art geschehen würde.

Ob die Lemberger Lehrkanzel wieder ein hierzu befähigter Deutscher erhält oder nicht, wird gewiß in erster Linie von dem guten Willen und der Widerstandskraft des Unterrichtsministeriums abhängen, von dem allerdings auf deutscher Seite gegenwärtig nicht das geringste zu erwarten ist. So werden die Polen vermutlich bald einen neuen Gewinn zu verzeichnen haben, während es die Deutschen bisher nicht einmal erreichen konnten, die ins Budget 1910 bereits eingesetzte, neu kreierte Lehrkanzel für neuere deutsche Literaturgeschichte an der Czernowitzer Universität zu besetzen. Es zeigt sich wieder einmal, mit welchem Maß den Deutschen in Österreich gemessen wird. Sollte die deutsche parlamentarische Vertretung in den Belangen Ostösterreichs wirklich gar kein Wort mehr zu reden haben?

Aus Nr. 89 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Przemysl)

vom 30. Dezember 1910:

Stadlau (Stadlo) bei Neu-Sandec.

Wie gut es den Deutschen in Galizien geht, kann man wieder an unserer Gemeinde sehen. So sehr wir durch Auswanderung, Hochwasser, Mißernten u. dergl. gelitten haben, so erhalten wir doch unsere eigene deutsch-evangelische Schule, die von etwa 60 deutschen Kindern besucht wird. Im Gemeinderate sitzen nur zwei Polen und die ließen wir nur des lieben Friedens halber freiwillig hinein. Der polnische Dank ließ nicht lange auf sich warten. Erst wurden wir gezwungen, den polnischen Bauern in dem bedeutend größeren und wohlhabenden Dorfe Podegrodzie eine polnische Schule bauen zu helfen. Nicht genug an dieser Last, soll jetzt die polnische Gemeinde Wygnanowitz mit unserer Gemeinde vereinigt werden nur zu dem Zwecke, um uns Schwaben unterzukriegen, uns den Gemeinderat abzunehmen, wie man es vor einigen Monaten in Deutsch-Dombrowka machte, und um uns dann wieder eine polnische Schule bauen zu lassen, um uns noch mehr zu Grunde zu richten.

Seit wir uns offen zu unserem Deutschtume bekennen und nicht mehr vor den Polen kuschen wollen, scheinen sich der Herr Bezirkshauptmann und der Bezirksausschuß von Neu-Sandec einzig darüber den Kopf zu zerbrechen, wie sie uns Schwaben etwas am Zeug flicken können.

Der Herr Statthalter hat uns doch, so hörten wir wenigstens, zugesagt, daß wir im Lande auch als Deutsche leben können. Ist das nicht wahr? oder ist der Herr Bezirkshauptmann von Neu-Sandec und der Bezirks-Obmann ein größerer Herr wie der Statthalter, oder — regieren vielleicht gar im Sandecer Bezirke nicht die Polen, sondern die Renegaten, die ja in Neu-Sandec jedes Kind kennt und hoffentlich auch bald — meidet?

Um Antwort wird gebeten, aber auch um Hilfe.

Das Slowo Polskie kündigt die Gründung von polnischen Lesehallen in der deutschen Gemeinde Stadlau und Unterbach an. Die Deutschen dieser Gemeinden mögen sich hüten, sich für Polonisierungsanstalten ködern zu lassen, denn durch solche Mittel haben die Polen so manche schöne deutsche Gemeinde untergraben.

Redigiert von Polizeidirektor Zacher.

Der Königliche Polizei-Präsident.

von Heyking.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.